



Prospekt des Standardfonds

**Raiffeisen fond akciových trhů,
otevřený podílový fond,**

Raiffeisen investiční společnost a.s.

Inhalt

1	LISTE DER VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN.....	4
2	KOLLEKTIVINVESTMENTFONDS.....	7
2.1	BEZEICHNUNG DES INVESTMENTFONDS	7
2.2	TAG DER ENTSTEHUNG DES FONDS.....	7
2.3	WEITERE ANGABEN ZUM FONDS	7
2.4	HISTORISCHE ANGABEN ZU STATUSANGELEGENHEITEN	7
3	BEWIRTSCHAFTER	7
3.1	FONDSBEWIRTSCHAFTER	7
3.2	GENEHMIGUNG ZUR TÄTIGKEIT DER INVESTMENTGESELLSCHAFT.....	7
3.3	KONSOLIDIERUNGSKREIS	7
3.4	LISTE DER LEITENDEN PERSONEN DER INVESTMENTGESELLSCHAFT	8
3.5	GEGENSTAND DER UNTERNEHMENSTÄTIGKEIT DER INVESTMENTGESELLSCHAFT	8
3.6	LISTE DER ZU BEWIRTSCHAFTENDEN ANLAGEFONDS	8
4	ADMINISTRATOR.....	9
5	AUDITOR.....	9
6	BEAUFTRAGUNG ANDERER PERSON MIT DER AUSÜBUNG EINER EINZELNEN TÄTIGKEIT DER BEWIRTSCHAFTUNG ODER VERWALTUNG.....	9
6.1	BEAUFTRAGUNG DER RBI	9
6.2	BEAUFTRAGUNG DER RAIFFEISENBANK	10
6.3	BEAUFTRAGUNG DER CENTRÁLNÍ DEPOZITÁŘ CENNÝCH PAPÍRŮ, A.S.	10
7	DEPOTBANK	10
7.1	ANGABEN ZUR DEPOTBANK	10
7.2	WICHTIGE TÄTIGKEITEN UND PFLICHTEN DER DEPOTBANK, BESTIMMUNG IHRER VERANTWORTUNG.....	11
7.3	KONSOLIDIERUNGSKREIS	11
8	ANLAGESTRATEGIE.....	11
8.1	ANLAGEZIEL	11
8.2	ANLAGEPOLITIK	12
8.3	VERMÖGENSWERTE	12
8.4	ANLAGEGRENZEN	14
8.5	KREDITE, DARLEHEN, GESCHENKE UND EINIGE SCHULDEN.....	16
8.6	TECHNIKEN DER FONDSBEWIRTSCHAFTUNG, RISIKOMESSUNG UND DER VERMINDERUNG VON RISIKEN, DIE MIT DER VERWENDUNG VON FINANZDERIVATEN VERBUNDEN SIND	16
8.7	MERKMALE DES TYPISCHEN ANLEGERS	18
9	ANGABEN ZU RISIKEN	18
9.1	RISIKOPROFIL DES FONDS	18
9.2	RISIKOARTEN	19
9.3	RISIKOMANAGEMENT	21
10	ANGABEN ZUR WERTENTWICKLUNG IN DER VERGANGENHEIT.....	21
11	GRUNDSÄTZE DER FONDSWIRTSCHAFT UND GEWINN- ODER ERTRAGSAUSSCHÜTTUNG	21
12	VOM FONDS AUSGEGEBENE WERTPAPIERE.....	23
12.1	ANTEILSCHEINE DES FONDS	23
12.2	VERWALTER DER ERFASSUNG DER EMISSION VON ANTEILSCHEINEN.....	23
12.3	MIT DEN ANTEILSCHEINEN VERBUNDENE RECHTE	23
12.4	NACHWEIS DES EIGENTUMSRECHTS AM ANTEILSCHEIN	25
13	AUSGABE UND RÜCKNAHME VON WERTPAPIEREN DES FONDS	25

13.1	AUSGABE VON ANTEILSCHEINEN	25
13.2	RÜCKNAHME VON ANTEILSCHEINEN DES FONDS.....	26
13.3	GEMEINSAME BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AUSGABE ODER RÜCKNAHME VON ANTEILSCHEINEN	26
13.4	BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DEN UMGANG MIT ANTEILSCHEINEN	27
14	GEBÜHREN UND KOSTEN	27
14.1	STRUKTUR DER GEBÜHREN UND KOSTEN FÜR DIE ANTEILSCHEINART: KLASSE A1	27
14.2	STRUKTUR DER GEBÜHREN UND KOSTEN FÜR DIE ANTEILSCHEINART: KLASSE A2	28
14.3	STRUKTUR DER GEBÜHREN UND KOSTEN FÜR DIE ANTEILSCHEINART: KLASSE A3	28
14.4	KOSTEN, DIE AUS DEM FONDSVERMÖGEN BEGLICHEN WERDEN	29
14.5	ENTGELT FÜR DIE DEPOTBANK	29
14.6	ENTGELT DER INVESTMENTGESELLSCHAFT.....	30
14.7	GEMEINSAME BESTIMMUNGEN ZU DEN GEBÜHREN UND KOSTEN DES FONDS	30
14.8	GEBÜHREN FÜR DIE VERWALTER DER SELBSTSTÄNDIGEN ERFASSUNG UND DER ANKNÜPFENDEN ERFASSUNG	30
15	WEITERE INFORMATIONEN	31
15.1	ANGABEN ZUM PROSPEKT	31
15.2	VERÖFFENTLICHUNG VON INFORMATIONEN MIT FERNZUGRIFFSMÖGLICHKEIT	31
15.3	LIQUIDATION UND UMWANDLUNG DES FONDS.....	31
15.4	KONTAKTSTELLE FÜR ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN:	35
15.5	GRUNDINFORMATIONEN ZUM STEUERSYSTEM.....	35
15.6	ART UND HÄUFIGKEIT DER VERÖFFENTLICHUNG VON GESCHÄFTSBERICHTEN DES FONDS.....	36
15.7	AUFSICHTSORGAN DES FONDS	36
15.8	HINWEISE FÜR ANLEGER.....	36

1 LISTE DER VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN

Soweit sich aus dem Text des Prospekts nicht anderes ergibt, haben die Begriffe und Abkürzungen folgende Bedeutung:

AKAT

Asociace pro kapitálový trh České republiky (Assoziation für den Kapitalmarkt der Tschechischen Republik), in der die bedeutendsten inländischen Investmentgesellschaften, ausländische Fondsverwalter, die ihre Produkte in der Tschechischen Republik anbieten, und weitere Subjekte vereinigt sind.

Wertpapier

Wertpapier oder verbuchtes Wertpapier

ČNB

Česká národní banka (Tschechische Nationalbank)

Depotbank

UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s. mit Sitz Želetavská 1525/1, 140 92 Praha 4, ID-Nr. 64948242, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 3608

Vertriebshändler

Durch die Investmentgesellschaft beauftragte Person, die berechtigt ist, die Investitionen in den Fonds anzubieten oder die Beantragung der Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen des Fonds zu vermitteln, und zwar in ihren Verkaufsstellen.

Fonds

Raiffeisen fond akciových trhů, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s. (Raiffeisen Aktienfonds, offener Investmentfonds, Raiffeisen investiční společnost a.s.)

Investmentgesellschaft

Raiffeisen investiční společnost a.s. mit Sitz Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4 - Nusle, ID-Nr. 29146739, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 18837, Fondsbewirtschafter

ISIN

internationale Identifikation für Wertpapiere nach ISO 6166 (International Securities Identification Number)

Regierungsverordnung - RV

Regierungsverordnung Nr. 243/2013 Slg. über das Investieren in Anlagefonds und deren Bewirtschaftungstechniken, in der jeweils gültigen Fassung

Anknüpfende Erfassung

Register von Anlageinstrumenten, das an die Selbstständige Erfassung anknüpft und das nach den einschlägigen Rechtsvorschriften geführt wird, oder ein anderes ausländisches Register. Die Anknüpfende Erfassung wird von einzelnen Vertriebshändlern geführt.

Handelstag

Tag, dessen gemeldeter Kurs für die Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen des Fonds verwendet wird. Als Handelstag gilt jeder Arbeitstag, der gleichzeitig als Arbeitstag in der Tschechischen Republik und in der Republik Österreich gilt. Der aktuelle Kalender der Handelstage wird durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht.

Anzeige über den Beginn des Anbietens

Eine Anzeige über den Beginn des Anbietens der konkreten Fondsklasse, die durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht wird. Die Anzeige enthält insbesondere:

- Bezeichnung des Fonds;
- Bezeichnung der betreffenden Fondsklasse;
- ISIN der betreffenden Fondsklasse;

- Anfangsdatum des Anbietens der betreffenden Fondsklasse;
- Tag, an dem der erste aktuelle Wert des Anteilscheines der betreffenden Fondsklasse bekannt gegeben wird;
- Tag, für den der erste aktuelle Wert des Anteilscheines der betreffenden Fondsklasse bekannt gegeben wird;
- Tag, zu dem die Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen der betreffenden Fondsklasse aufgenommen wird;
- Datum des Beginns eines Zeitraumes, in dem die Investmentgesellschaft am Handelstag die Anträge auf Ausgabe bzw. Rücknahme von Anteilscheinen der betreffenden Fondsklasse für 1,- CZK annimmt.
- Datum des Endes eines Zeitraumes, in dem die Investmentgesellschaft am Handelstag die Anträge auf Ausgabe bzw. Rücknahme von Anteilscheinen der betreffenden Fondsklasse für 1,- CZK annimmt.

Teilhaber

Inhaber eines Anteilscheins

Anteilschein

Anteilschein des Fonds

Arbeitstag

Jeder Arbeitstag, der gleichzeitig als Arbeitstag in der Tschechischen Republik und in der Republik Österreich gilt.

Verkaufsstelle

Vor allem das Netz der ausgewählten Zweigstellen der Raiffeisenbank, die als Kontaktstelle für persönliche Finanzen bestimmt sind und in den die Anträge auf Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen angenommen werden. Die aktuelle Liste der ausgewählten Zweigstellen der Raiffeisenbank ist der Internetadresse www.rb.cz zu entnehmen. In Übereinstimmung mit der Entwicklung der geschäftlichen und technischen Möglichkeiten der Kommunikation schließt der Prospekt die Einführung weiterer Formen für die Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen nicht aus. Die aktuelle Liste der Verkaufsstellen wird durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht.

Raiffeisenbank

Raiffeisenbank a.s. mit Sitz Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4, ID-Nr. 49240901, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 2051.

Rating

Den festgelegten Ratinggrenzen liegt die Skala der Ratingagenturen Standard and Poor's, Fitch Ratings und Moody's zugrunde. Für die Bewertung des konkreten Instruments ist das Rating mindestens von einer der genannten Ratingagenturen erforderlich. Sind Ratings von mehreren Agenturen vorhanden, ist die zweitschlechteste der erteilten Bewertungen maßgebend. Für die Bewertung von Anleihen werden die Ratings in nachstehender Reihenfolge verwendet: 1. Emissionsrating; 2. Rating für langfristige Verbindlichkeiten des Emittenten in der Emissionswährung; 3. Rating für langfristige Verbindlichkeiten des Emittenten; 4. Rating für langfristige Verbindlichkeiten des Bürgen in der Emissionswährung; 5. Rating für langfristige Verbindlichkeiten des Bürgen. Für den Fall, dass das Rating im ersten Rang nicht vorhanden ist, gilt, dass das Rating im zweiten Rang angewendet wird. Bei den nachrangigen Anleihen ist bei der Festlegung des Ratings analog vorzugehen, wobei die Reihenfolge von Ratings wie folgt ist: 1. Emissionsrating; 2. Rating für nachrangige Verbindlichkeiten des Emittenten; 3. Rating für langfristige Verbindlichkeiten des Bürgen oder Rating für nachrangige Verbindlichkeiten des Bürgen je nach Bürgschaftsart (nicht nachrangige oder nachrangige Bürgschaft); Die Quellen der einzelnen Ratings für die Ermittlung des endgültigen Ratingwertes werden von der Investmentgesellschaft nach ihrem Ermessen so gewählt, dass die größtmögliche Aussagekraft der endgültigen Bewertung sichergestellt wird.

RBI

Raiffeisen Bank International AG, mit Sitz Am Stadtpark 9, 1030 Wien, Republik Österreich, eingetragen im Handelsregister Wien unter FN 122119m.

Repo

Die Übertragung von Wertpapieren gegen eine Geldsumme mit gleichzeitiger Verpflichtung, diese Wertpapiere am festgesetzten Tag für einen Betrag, der der ursprünglichen Geldsumme zuzüglich Zinsen entspricht, zu übernehmen; unter Repo wird auch der Verkauf mit einer Rückkaufvereinbarung oder die Gewährung eines Wertpapierdarlehens, das durch Geldmittel gesichert wird, verstanden.

Repogeschäft

Repo oder Reverse Repo

Reverse Repo

Der Erwerb von Wertpapieren gegen eine Geldsumme mit gleichzeitiger Verpflichtung, diese Wertpapiere am festgesetzten Tag für einen Betrag, der der übertragenen Geldsumme zuzüglich Zinsen entspricht, zu übertragen; unter Reverse Repo wird auch der Einkauf mit einer Rückkaufvereinbarung oder die Annahme eines Wertpapierdarlehens, das durch Geldmittel gesichert wird, verstanden.

Stichtag

Tag, der für den Anspruch des Teilhabers auf die Gewinnausschüttung bei der Klasse A2 maßgebend ist. Teilhaber, die an diesem Tag auf Inhaberkonten in der Selbstständigen Erfassung oder auf Inhaberkonten in der Anknüpfenden Erfassung Anteilscheine der Klasse A2 eingetragen haben, haben Anspruch auf die Gewinnausschüttung in Form der Dividende entsprechend dem Beschluss des Vorstands der Investmentgesellschaft.

Selbstständige Erfassung

Das selbstständige Register von Anlageinstrumenten, das durch die Investmentgesellschaft (bzw. durch RBI aufgrund der Beauftragung mit einzelnen Tätigkeiten des Administrators) nach den einschlägigen Rechtsvorschriften geführt wird - oder ein ähnliches ausländisches Register.

Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen

Das Dokument enthält die wesentlichen Informationen für die Anleger. Es enthält kurze Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Fonds, die für die Anleger zur informierten Bewertung der Art der Investition und der damit zusammenhängenden Risiken notwendig sind.

Prospekt

Dieses Dokument, das Informationen über die Anlageaktivitäten des Fonds sowie weitere Informationen, die für Anleger für die genaue und richtige Bewertung der Investition notwendig sind, enthält.

Klasse

Anteilscheine, mit denen die gleichen Rechte verbunden sind. Unter den einzelnen Prospekten können sich einige mit dem Anteilschein verbundene Rechte so unterscheiden, wie es im Prospekt geregelt wird.

Verordnung

Verordnung Nr. 58/2006 Slg., über die Art der Selbstständigen Erfassung von Anlageinstrumenten und der Erfassung, die an die Selbstständige Erfassung von Anlageinstrumenten anknüpft

GIGAF

Gesetz Nr. 240/2013 Slg., über Investmentgesellschaften und Anlagefonds

GUTKM

Gesetz Nr. 256/2004 Slg., über die Unternehmenstätigkeit auf dem Kapitalmarkt, in der jeweils gültigen Fassung

2 KOLLEKTIVINVESTMENTFONDS

2.1 Bezeichnung des Investmentfonds

Raiffeisen fond akciových trhů, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s. (Raiffeisen Aktienfonds, offener Investmentfonds, Raiffeisen investiční společnost a.s.)

Abgekürzte Bezeichnung des Fonds: Raiffeisen fond akciových trhů (Raiffeisen Aktienfonds)

2.2 Tag der Entstehung des Fonds

Der Fonds entsteht am 21. Mai 2014, dem Tag der Eintragung in das von der ČNB gemäß § 597 Buchst. b) GIGAF geführte Register.

2.3 Weitere Angaben zum Fonds

Der Fonds ist ein offener Investmentfonds, der keine juristische Person ist und auf unbefristete Zeit gebildet wurde. Der Fonds ist ein Standardfonds. Der Fonds ist ein Aktienfonds. Es handelt sich um keinen übergeordneten oder untergeordneten Standardfonds. Eine Teilhaberversammlung wurde nicht eingerichtet.

2.4 Historische Angaben zu Statusangelegenheiten

Es handelt sich um einen neu gebildeten Fonds.

3 BEWIRTSCHAFTER

3.1 Fondsbewirtschafter

Handelsfirma: Raiffeisen investiční společnost a.s.
Sitz: Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4, Tschechische Republik
ID-Nr.: 29146739
Entstehungstag: 21. Dezember 2012
Eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 18837.

Die Investmentgesellschaft wurde in die Liste der Investmentgesellschaft eingetragen, die von der ČNB gemäß § 596 Buchst. a) GIGAF geführt wird.

Höhe des Grundkapitals: 40 000 000,- CZK, eingezahlt: 100 %

3.2 Genehmigung zur Tätigkeit der Investmentgesellschaft

Erteilt durch: Tschechische Nationalbank
Erteilt am: 9. April 2013
Aktenzeichen: 2013/4256/570
Datum des Inkrafttretens: 9. April 2013
Punkt 1 der vorstehenden Entscheidung wurde durch die nachstehende Entscheidung der ČNB ersetzt:
Erteilt am: 21. März 2014
Aktenzeichen: 2014/2974/570
Datum des Inkrafttretens: 21. März 2014

Aufgrund dieser Entscheidung wurde die Berechtigung wie folgt erweitert: die ursprüngliche Genehmigung zur Tätigkeit der Investmentgesellschaft wurde aufgehoben und der Investmentgesellschaft wurde eine neue Genehmigung im Umfang nach Art. 3.5 des Prospekts erteilt.

3.3 Konsolidierungskreis

Die Investmentgesellschaft ist Bestandteil des Konsolidierungskreises Raiffeisenbank. Der konsolidierte Jahresabschluss der Raiffeisenbank umfasst nach IFRS alle Tochtergesellschaften aufgrund der direkten Methode und angegliederte Gesellschaften aufgrund der Äquivalenzmethode. Der Majoritätseigentümer der Raiffeisenbank ist das österreichische Finanzinstitut Raiffeisen Bank International AG.

3.4 Liste der leitenden Personen der Investmentgesellschaft

Ing. Josef Beneš, Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor

Ing. Josef Beneš ist neben seiner Funktion in der Investmentgesellschaft auch als Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Gesellschaft Raiffeisen penzijní společnost a.s., mit Sitz Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4, ID-Nr. 291 31 251 und als Leiter der Abteilung Investment Management der Raiffeisenbank tätig.

Mgr. Martin Vít, stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Ing. Michal Ondruška, Vorstandsmitglied

Michal Ondruška ist neben seiner Funktion in der Investmentgesellschaft auch als Manager der Abteilung Asset Management der Raiffeisenbank tätig.

3.5 Gegenstand der Unternehmenstätigkeit der Investmentgesellschaft

Aufgrund der vorstehenden Entscheidung über die Genehmigung zur Tätigkeit, die der Investmentgesellschaft von der ČNB erteilt wurde, ist die Investmentgesellschaft berechtigt,

- a) die maßgebende Grenze zu überschreiten;
- b) folgende Fonds zu bewirtschaften:
 - Standardfonds,
 - ausländische Anlagefonds, die mit dem Standardfonds vergleichbar sind,
 - Spezialfonds;
 - ausländische Anlagefonds, die mit dem Spezialfonds vergleichbar sind,
 - Fonds der qualifizierten Anleger mit Ausnahme der qualifizierten Risikokapitalfonds gem. Art. 3 Buchst. b) der direkt anwendbaren Vorschrift der Europäischen Union, mit der die europäischen Risikokapitalfonds geregelt werden, und mit Ausnahme der qualifizierten Fonds für soziale Unternehmertätigkeit gem. Art. 3 Buchst. b) der direkt anwendbaren Vorschrift der Europäischen Union, mit der die Europäischen Fonds für soziale Unternehmertätigkeit geregelt werden,
 - ausländische Anlagefonds, die mit den Fonds der qualifizierten Anleger vergleichbar sind, mit Ausnahme der ausländischen Anlagefonds, die mit dem qualifizierten Risikokapitalfonds gemäß Art. 3 Buchst. b) der direkt anwendbaren Vorschrift der Europäischen Union, mit der die europäischen Risikokapitalfonds geregelt werden, vergleichbar sind, und mit Ausnahme der ausländischen Anlagefonds, die mit dem qualifizierten Fonds für soziale Unternehmertätigkeit gemäß Art. 3 Buchst. b) der direkt anwendbaren Vorschrift der Europäischen Union, mit der die Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum geregelt werden, vergleichbar sind;
- c) die Verwaltung im Umfang der Tätigkeiten gemäß § 38 Abs. 1 GIGAF durchzuführen, und zwar hinsichtlich der Anlagefonds und der ausländischen Anlagefonds nach Buchst. b).

3.6 Liste der zu bewirtschaftenden Anlagefonds

Standardfonds:

- Raiffeisen fond dluhopisových příležitostí, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen fond dluhopisové stability, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen fond dluhopisových trendů, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen fond akciových trhů, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen fond pravidelných investic, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.

Spezialfonds:

- Raiffeisen chráněný fond ekonomických cyklů, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.

- Raiffeisen chráněný fond americké prosperity, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen privátní fond dynamický, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.
- Raiffeisen privátní fond alternativní, otevřený podílový fond, Raiffeisen investiční společnost a.s.

4 ADMINISTRATOR

Die Verwaltung des Fonds wird durch eine Investmentgesellschaft durchgeführt, die in Art. 3.1 des Prospekts angegeben ist. Die Investmentgesellschaft als Administrator übt vor allem folgende Tätigkeiten aus:

- a) Buchführung,
- b) Bereitstellung von Rechtsdienstleistungen,
- c) Compliance,
- d) Bearbeitung von Beschwerden und Beanstandungen der Anleger,
- e) Bewertung von Vermögen und Schulden der Gesellschaft,
- f) Berechnung des aktuellen Werts des Anteilscheins,
- g) Erfüllung von Pflichten hinsichtlich Steuern, Gebühren oder anderer analoger Geldleistungen,
- h) Erstellung und Aktualisierung von Jahresberichten und Halbjahresberichten des Fonds,
- i) Erstellung und Aktualisierung des Dokuments mit wesentlichen Anlegerinformationen,
- j) Erstellung der Werbemitteilung über den Fonds,
- k) Veröffentlichung, Zugänglichmachung und Übermittlung von Angaben und Dokumenten für Teilhaber und andere Personen,
- l) Mitteilung von Angaben und Bereitstellung von Dokumenten der ČNB und
- m) Verteilung und Auszahlung von Geldleistungen bei der Fondsauflösung.

5 AUDITOR

Handelsfirma: KPMG Česká republika Audit, s.r.o.
Sitz: Pobřežní 648/1a, 186 00 Praha 8, Tschechische Republik
ID-Nr.: 49619187
Eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung C, Nr. 24185.

6 BEAUFTRAGUNG ANDERER PERSON MIT DER AUSÜBUNG EINER EINZELNEN TÄTIGKEIT DER BEWIRTSCHAFTUNG ODER VERWALTUNG

6.1 Beauftragung der RBI

6.1.1 Angaben zum Beauftragten

Handelsfirma: Raiffeisen Bank International AG
Sitz: Am Stadtpark 9, 1030 Wien, Republik Österreich
Eingetragen im Handelsregister Wien unter FN 122119m.

6.1.2 Vom Beauftragten ausgeübte Tätigkeiten

Die Investmentgesellschaft hat RBI aufgrund der einschlägigen Verträge mit der Ausübung folgender Tätigkeiten ganz oder teilweise beauftragt:

- a) Tätigkeiten im Bereich Erfassung und Settlement:
 - i. Verteilung und Auszahlung der Erträge aus Fondsvermögen (§38 Abs. 1 Buchst. i GIGAF);
 - ii. Verteilung und Auszahlung von Geldleistungen bei eventueller Fondsauflösung (§38 Abs. 1 Buchst. q) GIGAF);

- iii. Erfassung der verbuchten vom Fonds auszugebenden Wertpapiere (§ 38 Abs. 2 Buchst. a) GIGAF). Diese Erfassung (sog. Selbstständige Erfassung) ersetzt die Liste von Teilhabern gem. § 109 GIGAF;

b) Tätigkeiten im Bereich der Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen:

- i. Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen (gem. §38 Abs. 1 Buchst. j) GIGAF) und Erfassung (gem. §38 Abs. 1 Buchst. r) und § 54 Abs. 1 Buchst. a) und b) GIGAF) der Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen, Vornahme der entsprechenden Änderungen auf Konten in der Selbstständigen Erfassung und Vermittlung der finanziellen Abwicklung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen.

Weitere Tätigkeiten werden von RBI vor allem im Bereich der Zahlstelle (Paying Agent) ausgeübt, im Falle der Notifizierung des Fonds auf dem Gebiet der Republik Österreich, einschließlich Erfüllung der ausgewählten Auskunftspflichten gegenüber Anleger.

Durch RBI wird kein Teil des Fondsvermögens bewirtschaftet.

6.2 Beauftragung der Raiffeisenbank

6.2.1 Angaben zum Beauftragten

Handelsfirma: Raiffeisenbank a.s.
Sitz: Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4, Tschechische Republik
ID-Nr.: 49240901

Eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 2051.

6.2.2 Vom Beauftragten ausgeübte Tätigkeiten

Die Investmentgesellschaft hat die Raiffeisenbank aufgrund der einschlägigen Verträge mit der Ausübung folgender Tätigkeiten ganz oder teilweise beauftragt:

- a) Management von Marktrisiken, die mit der Bewirtschaftung des Fondsvermögens verbunden sind;
- b) Anbieten von Investitionen in den Fonds auf dem Gebiet der Tschechischen Republik (einschließlich Erfüllung der ausgewählten Auskunftspflichten gegenüber Anlegern).

Durch die Raiffeisenbank wird kein Teil des Fondsvermögens bewirtschaftet.

6.3 Beauftragung der Centrální depozitář cenných papírů, a.s.

6.3.1 Angaben zum Beauftragten

Handelsfirma: Centrální depozitář cenných papírů, a.s.
Sitz: Rybná 14, 110 05 Praha 1, Tschechische Republik
ID-Nr.: 25081489

Eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 4308.

6.3.2 Vom Beauftragten ausgeübte Tätigkeiten

Die Investmentgesellschaft kann die Depotbank Centrální depozitář cenných papírů, a.s. aufgrund eines Vertrags mit der Erfassung der Emission von verbuchten Wertpapieren im Zentralregister von Wertpapieren beauftragen, und zwar vor allem bei der Ausgabe von Sammelanteilscheinen.

7 DEPOTBANK

7.1 Angaben zur Depotbank

Handelsfirma: UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s.
Sitz: Želetavská 1525/1, 140 92 Praha 4, Tschechische Republik
ID-Nr.: 64948242

Eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 3608.

Die Depotbank ist in der Liste der Depotbanken des Anlagefonds, die von ČNB gemäß § 596 Buchst. e) GIGAF geführt wird, eingetragen.

7.2 Wichtige Tätigkeiten und Pflichten der Depotbank, Bestimmung ihrer Verantwortung

7.2.1 Die Depotbank des Fonds übt vor allem folgende Tätigkeiten aus:

- a) Verwaltung des Fondsvermögens,
- b) Errichtung und Führung von Geldkonten und Erfassung der Bewegung aller Geldmittel aus dem Fondsvermögen,
- c) Erfassung, wenn möglich, oder Prüfung des Zustands eines anderen Fondsvermögens als des Fondsvermögens gem. Buchst. a) und b) und
- d) Erfassung und Prüfung, ob in Übereinstimmung mit der gesetzlichen Regelung, dem Prospekt und den Vereinbarungen des Depotbankvertrags:
 - i. Anteilscheine ausgegeben und zurückgenommen wurden,
 - ii. der aktuelle Wert des Anteilscheins berechnet wurde,
 - iii. das Vermögen und die Schulden des Fonds abgeschätzt wurden,
 - iv. die Gegenleistungen aus den Geschäften mit dem Fondsvermögen innerhalb der üblichen Fristen ausgezahlt wurden,
 - v. die in den Fonds einfließenden Erträge verwendet werden und
 - vi. das Fondsvermögen erworben und veräußert wird.

7.2.2 Die Depotbank des Fonds führt im Rahmen ihrer Tätigkeit die Aufträge der Investmentgesellschaft in Übereinstimmung mit dem Prospekt und dem Depotbankvertrags aus.

7.2.3 Wenn die Depotbank der Investmentgesellschaft, dem Fonds oder dem Teilhaber durch die Verletzung ihrer Pflicht, die für die Ausübung ihrer Tätigkeit als Depotbank bestimmt oder vereinbart ist, einen Schaden zugefügt, ist sie verpflichtet, diesen Schaden ohne Rücksicht auf ihr Verschulden zu ersetzen.

7.2.4 Werden die Anlageinstrumente, die der Depotbank in Gewahrsam oder Verwahrung gegeben wurden, verloren, muss die Depotbank den daraus entstandenen Schaden unverzüglich zu ersetzen; es ist dabei gleichgültig, ob die Depotbank mit der Ausübung einer der Tätigkeiten eine andere Person beauftragt hat.

7.2.5 Die Depotbank ist verpflichtet, die Tätigkeit der Depotbank mit fachlicher Sorgfalt auszuüben und bei der Ausübung im besten Interesse des Fonds und der Teilhaber zu handeln.

7.3 Konsolidierungskreis

Die Gesellschaft UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6-8, 1010 Wien, Republik Österreich besitzt an der UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s. einen Anteil in Höhe von 99,944 %. Der konsolidierte Jahresabschluss der UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s. umfasst nach IFRS alle Tochtergesellschaften aufgrund der direkten Methode und angegliederte Gesellschaften aufgrund der Äquivalenzmethode. Indirekte leitende Person ist die UniCredit S.p.A. mit Sitz Via Specchi 16, Roma, Italien, die der Hauptaktionär der UniCredit Bank Austria AG mit einem Anteil von 99,996 % ist.

8 ANLAGESTRATEGIE

8.1 Anlageziel

8.1.1 Das Ziel der Anlagestrategie des Fonds ist ein langfristiges Wachstum des Kapitals in CZK, und dies durch Investitionen vor allem in Aktien und/oder Instrumente, die das Risiko von Aktien in tschechischen Kronen aufweisen, bzw. in Aktien und/oder Instrumente, die das Risiko von Aktien, die auf den sich entwickelnden Märkten ausgegeben wurden, aufweisen.

8.1.2 Das Anlageziel soll durch die Allokation von min. 80 % des Vermögenswertes des Fonds in Aktien und Instrumente, die das Aktienrisiko aufweisen, und zwar vor allem derjenigen, die in tschechischen Kronen ausgegeben und/oder gehandelt werden bzw. die auf Mittel- und Osteuropa und andere sich

entwickelnde Märkte (min. 51 % des Vermögenswertes) ausgerichtet sind, erreicht werden. In geringerem Maße kann der Fonds die anvertrauten Mittel in Form von Einlagen bei Banken anlegen und in Anleihen oder entsprechende Wertpapiere, die das Recht auf die Rückzahlung eines Schuldbetrags darstellen, in Instrumente, die das Risiko von Schuldpapieren und Geldmarktinstrumenten aufweisen, investieren. Im Rahmen seiner Strategie kann der Fonds in wesentlichem Maße in Finanzderivate investieren. Die Anteile an anderen Fonds können höchstens 10 % des Fondsvermögens bilden.

8.1.3 Der Fonds wird aktiv verwaltet und beabsichtigt nicht, einen bestimmten Index oder Parameter zu kopieren.

8.1.4 Die Geldmittel des Fonds müssen mit fachlicher Sorgfalt so alloziert werden, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Fondsvermögens als Ganzes gewährleistet wird. Die Investmentgesellschaft kann jedoch nicht die Erreichung eines Investitionsziels garantieren, und es werden auch keine Garantien von Dritten zum Schutz der Anleger gewährt.

8.2 Anlagepolitik

8.2.1 In Bezug auf seine Anlageausrichtung ist der Fonds nach der AKAT-Klassifizierung ein Aktienfonds, da er auf dem Aktienmarkt (d.h. in Aktien und Instrumente, die das Aktienrisiko aufweisen) mindestens 80 % seines Vermögens investiert. Ferner unterliegt er den folgenden Regeln:

- a) Investitionen in Aktien und/oder Instrumente, die das Risiko von Aktien in tschechischen Kronen aufweisen, bzw. in Aktien und/oder Instrumente, die das Aktienrisiko in Mittel- und Osteuropa und auf den sich entwickelnden Märkten aufweisen, müssen mindestens 51 % des Fondsvermögens betragen.
- b) Bankeinlagen, Anleihen oder ähnliche Wertpapiere, die das Recht auf die Rückzahlung eines Schuldbetrags darstellen, Anlageinstrumente, die das Risiko von Schuldpapieren und Geldmarktinstrumenten aufweisen, können höchstens 20 % des Fondsvermögens bilden.
- c) Wertpapiere, die von Kollektivinvestmentfonds oder vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurden, dürfen 10 % des Fondsvermögens nicht überschreiten.

8.2.2 Die Entscheidung über die Investitionen des Fonds unterliegt den internen Regeln der Investmentgesellschaft und geht von sog. Top-Down-Methode aus, nach der die strategischen Ziele der Anlagepolitik des Fonds durch die Entscheidungen des Anlageausschusses verbindlich bestimmt werden, wobei für ihre praktische Erfüllung, d.h. für die Auswahl des konkreten Anlageinstruments und den Geschäftsabschluss, der Portfoliomanager verantwortlich ist. Der Durchführung der Investition gehen die Analyse des wirtschaftlichen Vorteils und die Prüfung, ob die Durchführung der Investition mit gesetzlichen und internen Beschränkungen sowie mit diesem Prospekt übereinstimmen und im besten Interesse der Teilhaber ist, voran.

8.3 Vermögenswerte

8.3.1 In das Fondsvermögen kann Folgendes erworben werden:

- a) Aktie bzw. ähnliches Wertpapier:
 - 1. das auf dem europäischen regulierten Markt oder auf einem ähnlichen regulierten Markt, soweit dieser Markt in der Liste der ČNB eingetragen ist, zum Handeln angenommen wurde,
 - 2. aus einer neuen Emission, bei dem berechtigt anzunehmen ist, dass das Wertpapier auf einigen in Punkt 1 aufgeführten Märkten innerhalb von 1 Jahr ab dem Tag, an dem seine Ausgabe beendet wurde, zum Handeln angenommen wird,
- b) Anlagewertpapier, das von einem Kollektivinvestmentfonds, der die von ihm ausgegebenen Wertpapiere nicht zurücknimmt, oder von einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurde, wenn der Bewirtschafter eines solchen Fonds einen der Kodizes für die Führung und Verwaltung der Gesellschaft einhält und der Aufsicht unterliegt, und zwar der Aufsicht der ČNB oder des Aufsichtsorgans eines anderen Mitgliedsstaates oder des Aufsichtsorgans eines anderen Staates, das im Rahmen der Aufsicht zum Schutz der Anleger beiträgt,

- c) Anlagewertpapier, dessen Wert sich auf Vermögenswerte bezieht, zu denen auch andere Vermögenswerte gehören können als diejenigen, die in §§ 3 bis 16 RV aufgeführt sind,
 - d) Anlagewertpapiere, die in den Buchstaben a), b) und c) unter der Bedingung gemäß Abt. 8.4.7 des Prospekts nicht angegeben sind.
- 8.3.2 In das Fondsvermögen kann das Anlagewertpapier erworben werden, wenn es die Bedingungen gemäß § 3 Abs. 2 RV erfüllt.
- 8.3.3 In das Fondsvermögen kann das Anlagewertpapier ohne Rücksicht darauf, ob er vollständig bezahlt wurde, erworben werden.
- 8.3.4 In das Fondsvermögen kann das Anlagewertpapier mit einem Finanzderivat gemäß § 4 RV erworben werden.
- 8.3.5 In das Fondsvermögen kann das Geldmarktinstrument gemäß §§ 5 bis 9 RV erworben werden.
- 8.3.6 In das Fondsvermögen kann ein Wertpapier erworben werden, das von einem Standardfonds oder einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurde, wobei er nach seinem Prospekt oder einem vergleichbaren Dokument höchstens 10 % seines Vermögenswertes in die Wertpapiere, die von Kollektivinvestmentfonds oder von vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegebene werden, investiert.
- 8.3.7 In das Fondsvermögen kann ein Wertpapier erworben werden, das von einem Spezialfonds oder einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurde, sofern es die Bedingungen gemäß § 10 Abs. 2 RV erfüllt.
- 8.3.8 In das Fondsvermögen kann ein Wertpapier erworben werden, das vom Kollektivinvestmentfonds oder von einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurden, wobei es nicht vollständig bezahlt worden sein muss.
- 8.3.9 Auf das Konto des Fonds kann ein Finanzderivat gemäß §§ 12 bis 14 RV vereinbart werden, wobei darunter vor allem Folgendes verstanden wird:
- a) Devisenforward, d.h. Vereinbarung zwischen zwei Vertragsparteien über den Einkauf oder Verkauf einer Währung gegen eine andere Währung zu einem vorher festgelegten Kurs zu einem vorher vereinbarten Termin in Zukunft (mehr als 2 Arbeitstage nach dem Tag des Geschäftsabschlusses);
 - b) Währungsswap, d.h. eine Kombination der Währungsumrechnung und des Devisenforwards bestehend in der Vereinbarung zwischen zwei Vertragsparteien über den Einkauf oder Verkauf einer Währung gegen eine andere Währung und gleichzeitig über den Rückverkauf dieser Währung zu einem vorher vereinbarten Termin in der Zukunft (mehr als 2 Arbeitstage nach dem Tag des Geschäftsabschlusses), wobei die beiden Geschäfte zu demselben Zeitpunkt vereinbart werden.
- 8.3.10 Die in Abs. 8.3.9 des Prospektes genannten Finanzderivate werden außerhalb der regulierten Märkte (sog. OTC-Derivate) vereinbart, und zwar unter den folgenden Bedingungen:
- Gegenparteien, mit denen die Geschäfte abgewickelt werden, müssen über die Lizenz für die Ausübung der Tätigkeit einer Bank auf dem Gebiet der Tschechischen Republik verfügen (d.h. der Aufsicht der ČNB unterliegen), und sie müssen ein langfristiges Rating, das wenigstens von einer der anerkannten Ratingagenturen erteilt wurde, mindestens in Höhe des Investment Grade haben, beziehungsweise muss über dieses Rating der Hauptaktionär der Gegenpartei verfügen,
 - als Basiswert dieser Derivate dienen Instrumente, die der Fonds in sein Vermögen nach dem Prospekt erwerben kann,
 - diese Derivate werden jeden Tag zuverlässig und nachprüfbar bewertet, und der Fonds kann sie jederzeit veräußern oder sie für einen Betrag schließen, der unter gut informierten Parteien unter den marktüblichen Bedingungen erreicht werden kann.

Informationen über die Risiken, die mit den Investitionen des Fonds und mit den Investitionen in die Derivate verbunden sind, sind in Kapitel Nr. 9 des Prospekts angegeben.

- 8.3.11 In das Fondsvermögen können nur Forderungen aus der Auszahlung von Geldmitteln aus einem Konto in tschechischer oder fremder Währung an eine der in § 72 Abs. 2 GIGAF aufgeführten Personen sowie typische Termineinlagen oder ähnliche Produkte, die mit einer Bank in der Tschechischen Republik oder in einem anderen Mitgliedsstaat mit einer Restlaufzeit von höchstens 1 Jahr vereinbart wurden, erworben werden.

8.4 Anlagegrenzen

- 8.4.1 Soweit in den weiteren Absätzen von Art. 8.4 des Prospektes nichts anderes angegeben ist, können nicht mehr als 5 % des Vermögenswertes des Fonds in Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Emittenten ausgegeben werden, investiert werden.
- 8.4.2 Es können bis zu 10 % des Vermögenswertes des Fonds in Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Emittenten ausgegeben werden, investiert werden, und bis zu 20 % des Vermögenswertes des Fonds in Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von Emittenten im Rahmen eines Ganzen, für das ein konsolidierter Jahresabschluss aufgestellt werden muss, ausgegeben werden; die Summe dieser Investitionen darf 40 % des Vermögenswertes des Fonds nicht überschreiten.
- 8.4.3 Es können bis zu 35 % des Vermögenswertes des Fonds in Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Emittenten ausgegeben werden, investiert werden, sofern diese Wertpapiere oder verbuchten Wertpapiere vom Staat, einem territorialen Selbstverwaltungskörper des Staates oder einer internationalen Finanzorganisation, deren Mitglied ein oder mehrere Mitgliedsstaaten sind, ausgegeben wurden oder garantiert sind.
- 8.4.4 Es können bis zu 20 % des Vermögenswertes des Fonds in Anleihen investiert werden, die von einer Bank, Spar- und Kreditgenossenschaft oder einer ausländischen Bank, die in einem Mitgliedsstaat ansässig ist und der Aufsicht dieses Staates, der die Interessen der Obligationäre schützt, unterliegt, ausgegeben wurden, sofern die aus den Emissionen dieser Anleihen gewonnen Geldmittel in solche Vermögensarten investiert werden, die bis zur Restlaufzeit der Anleihen die Verbindlichkeiten des Emittenten aus diesen Anleihen decken und die bei Zahlungsunfähigkeit des Emittenten für die Rückzahlung der Anleihe und für die Ertragsausschüttung vorrangig verwendet werden können.
- 8.4.5 Die mit einer zulässigen Gegenpartei vereinbarten Finanzderivate und Forderungen auf Auszahlung von Geldmitteln aus einem Konto in tschechischer oder fremder Währung gemäß Abs. 8.3.11 des Prospekts und Investitionen gemäß Abs. 8.4.3 und 8.4.4 des Prospekts werden in die Anlagegrenze von 40 % gemäß Abs. 8.4.2 des Prospekts nicht einbezogen.
- 8.4.6 In die Anlagegrenzen gemäß Abs. 8.4.1 bis 8.4.4 des Prospektes wird der Wert von Anlagewertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die der anderen Vertragspartei als Sicherung der in § 13 RV aufgeführten Finanzderivate gewährt werden, nicht einbezogen. Diese Sicherung kann in die Anlagegrenzen als Nettowert einbezogen werden, sofern mit dieser anderen Vertragspartei einen Schlussabgleich vereinbart ist, der in allen betroffenen Rechtsordnungen rechtswirksam und eintreibbar ist.
- 8.4.7 Es können nicht mehr als 10 % des Vermögenswertes des Fonds in Anlagewertpapiere, die in Abs.8.3.1 Buchst. d) des Prospektes genannt sind, und in Geldmarktinstrumente, die in § 9 RV genannt sind, investiert werden.
- 8.4.8 Emittenten, die in einem Konzern verbunden sind, werden für die Zwecke dieses Prospektes als ein Emittent angesehen. Für die Zwecke der Investitionen in Anlagefonds gilt, dass der Staat oder eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft keine anderen Personen beherrschen und mit ihnen keinen Konzern bilden.
- 8.4.9 In das Fondsvermögen kann nicht mehr erworben werden als:
- a) 10 % des gesamten Nennwertes der Anleihen, die von einem Emittenten ausgegeben wurden, und
 - b) 10 % des gesamten Nennwertes oder der gesamten Anzahl von Geldmarktinstrumenten, die von einem Emittenten ausgegeben wurden.
- 8.4.10 Absatz 8.4.9 des Prospektes kommt für solche Anlagewertpapiere oder Geldmarktinstrumente nicht zur Anwendung, die

- a) vom Staat oder einem territorialen Selbstverwaltungskörper des Staates ausgegeben wurden und garantiert sind oder
 - b) von einer internationalen Finanzorganisation, deren Mitglied der Mitgliedsstaat ist, ausgegeben wurden.
- 8.4.11 In das Fondsvermögen können Wertpapiere erworben werden, die von einem Kollektivinvestmentfonds oder von einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurden, und zwar bis zur Höhe von 10 % des Vermögenswertes des Fonds.
- 8.4.12 In das Fondsvermögen können nicht solche Wertpapiere erworben werden, die von Spezialfonds oder vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben werden, soweit ihre Summe den Wert von 10 % des Vermögenswertes des Fonds überschreitet.
- 8.4.13 In das Fondsvermögen können nicht mehr als 25 % des Wertes des Fondskapitals eines Anlagefonds oder einer vergleichbaren Größe des ausländischen Anlagefonds erworben werden.
- 8.4.14 Das Ausfallrisiko aus Finanzderivaten gemäß Abs. 8.3.9 des Prospektes entsprechend der Summe von positiven realen Werten dieser Finanzderivate und aus Techniken der Bewirtschaftung des Standardfonds darf bei einer Partei folgende Werte nicht überschreiten:
- a) 10 % des Vermögenswertes des Fonds, soweit diese Vertragspartei die in § 72 Abs. 2 GIGAF aufgeführte Person ist, oder
 - b) 5 % des Vermögenswertes des Fonds, soweit diese Vertragspartei eine andere als in § 72 Abs. 2 GIGAF aufgeführte Person ist.
- 8.4.15 Für die Zwecke der Berechnung von Anlagegrenzen gemäß Abs. 8.4.1 bis 8.4.7 des Prospektes werden die Basiswerte der auf das Konto des Fonds vereinbarten Finanzderivate in Betracht gezogen; dies ist nicht erforderlich, falls die Basiswerte Finanzindizes oder andere quantitativ ausgedrückte Finanzkennziffern sind.
- 8.4.16 Die Forderungen aus der Auszahlung von Geldmitteln aus einem Konto in tschechischer oder fremder Währung an eine der in § 72 Abs. 2 GIGAF aufgeführten Personen können nicht mehr als 20 % des Vermögenswertes des Fonds betragen.
- 8.4.17 Die Summe des Werts der Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Emittenten ausgegeben werden, der Werte der Forderungen aus der Auszahlung von Geldmitteln aus Konten in tschechischer oder fremder Währung an einen Emittenten und der Werte der Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko aus Finanzderivaten gemäß § 13 RV, das mit diesem Emittenten verbunden ist, darf 20 % des Vermögenswertes des Fonds nicht überschreiten; die Bestimmungen in Abs. 8.4.3 und 8.4.4 des Prospektes bleiben hiervon unberührt.
- 8.4.18 Die Anlagegrenzen gemäß Abs. 8.4.17 des Prospektes, Abs. 8.4.1 bis 8.4.7, 8.4.14 und 8.4.16 des Prospektes können nicht addiert werden, und die Summe der Werte der Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Emittenten ausgegeben werden, der Werte der Forderungen aus der Auszahlung von Geldmitteln aus Konten in tschechischer oder fremder Währung an diesen Emittenten und der Werte der Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko aus Finanzderivaten gemäß § 13 RV, das mit diesem Emittenten verbunden ist, darf 35 % des Vermögenswertes des Fonds nicht überschreiten.
- 8.4.19 Der Fonds soll in Instrumente mit einer Ratingstufe von mindestens BBB- / Baa3 und höher investieren. Die Bedingung des Mindestratings auf der Ebene des Investment Grade wird für die Zwecke der Anlagegrenze im vorstehenden Satz geltend gemacht, sobald das Anlagewertpapier in das Fondsvermögen erworben wird. Die im Prospekt angegebenen Begrenzungen des Ratings betreffen nicht Investitionen, die durch Einkauf von Wertpapieren in das Fondsvermögen abgewickelt werden, die von einem Kollektivinvestmentfonds oder von einem vergleichbaren ausländischen Anlagefonds ausgegeben wurden.
- 8.4.20 Die gewichtete durchschnittliche Fälligkeit (Weighted Average Maturity, WAM) sowie die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit (Weighted Average Life, WAL) der Instrumente im Fondsvermögen dürfen die Dauer von 7 Jahren nicht überschreiten.

- 8.4.21 Bei Sicherung der Risikodiversifikation ist es möglich, von den Absätzen 8.4.1 bis 8.4.7, 8.4.11, 8.4.12 und 8.4.14 des Prospektes abzuweichen, maximal jedoch für die Dauer von 6 Monaten ab dem Tag der Entstehung des Standardfonds.

8.5 Kredite, Darlehen, Geschenke und einige Schulden

- 8.5.1 Der Kredit oder das Darlehen auf das Fondskonto können nur dann aufgenommen werden, wenn
- a) die Fälligkeit dieses Kredits oder Darlehens mehr als 6 Monate beträgt und
 - b) die Summe aller so aufgenommenen Kredite und Darlehen 10 % des Fondsvermögens nicht überschreitet (davon bleibt die Grenze für die Exponierung des Fonds hinsichtlich der Finanzderivate unberührt).
- 8.5.2 Das Fondsvermögen kann nicht für die Gewährung eines Kredits oder Darlehens, das mit der Bewirtschaftung des Fondsvermögens nicht zusammenhängt, verwendet werden; die Absätze 8.3.3, 8.3.8, 8.4.14, 8.4.15 des Prospekts und §§ 30 bis 44 RV bleiben hiervon unberührt.
- 8.5.3 Das Fondsvermögen kann nicht als Geschenk oder zur Sicherung der Schuld einer anderen Person oder zur Bezahlung einer Schuld, die mit der Bewirtschaftung des Fondsvermögens nicht zusammenhängt, verwendet werden; die Absätze 8.3.3, 8.3.8, 8.4.14, 8.4.15 des Prospekts und §§ 30 bis 44 RV bleiben hiervon unberührt.
- 8.5.4 Auf das Konto des Fonds kann kein Vertrag über einen Verkauf von Anlageinstrumenten, die der Fonds nicht besitzt oder die ihm vorübergehend überlassen wurden, abgeschlossen werden.

8.6 Techniken der Fondsbewirtschaftung, Risikomessung und der Verminderung von Risiken, die mit der Verwendung von Finanzderivaten verbunden sind

- 8.6.1 Zu den Techniken der Bewirtschaftung des Standardfonds gehören nur Repogeschäfte gemäß §§ 31 bis 33 RV und Finanzderivate gemäß §§ 12 und 13 RV.
- 8.6.2 Die Techniken gemäß Abs. 8.6.1 des Prospektes können nur dann angewendet werden, wenn
- a) sie Anlagewertpapiere und Geldmarktinstrumente betreffen,
 - b) sie nur für den Zweck einer effektiven Bewirtschaftung des Fonds verwendet werden sowie für den Zweck:
 1. der Verminderung des Risikos, das mit Investitionen auf das Konto des Fonds zusammenhängt,
 2. der Senkung von Kosten, die mit Investitionen auf das Konto des Fonds zusammenhängen, oder
 3. des Erwerbs ausreichenden Kapitals oder der Erreichung ausreichender Erträge, soweit das einzugehende Risiko dem Risikoprofil des Fonds entspricht,
 - c) die Regeln, die in der RV und im Prospekt des Fonds festgelegt sind, sowie die Anlagestrategie des Fonds durch die Anwendung dieser Techniken nicht umgangen werden, und
 - d) die Schulden des Fonds aus der Anwendung dieser Techniken immer durch das Fondsvermögen vollständig gedeckt sind.
- 8.6.3 Repogeschäfte unter Verwendung des Fondsvermögens können nur mit einer zugelassenen Gegenpartei vereinbart werden, die der Aufsichtsbehörde des Staates, in dem sie ansässig ist, unterliegt, und nur dann, wenn die sich daraus ergebende Verpflichtung ohne Kündigungsfrist oder mit einer Kündigungsfrist, die weniger als 7 Tage beträgt, kündigen lässt. Bei der Vereinbarung von Repogeschäften sind die Bestimmungen gemäß §§ 30 bis 33 RV zu beachten.
- 8.6.4 Die Risiken aus der Verwendung von Finanzderivaten werden vom Fondsbewirtschafter so vermindert, dass
- a) wenn das Settlement des Finanzderivats vom Fonds durch die Lieferung des Basiswertes durchgeführt werden soll, der Fonds den Basiswert bis zum Zeitpunkt der Vereinbarung und während der ganzen Dauer des Vertragsverhältnisses entsprechend diesem Finanzderivat im Fondsvermögen hält; bei Währungsderivaten, die die Zeichen eines Sicherungsderivats nach den

internationalen, durch das EU-Recht geregelten Rechnungslegungsvorschriften tragen, ist es ausreichend, hoch liquide Vermögenswerte zu halten,

- b) wenn das Settlement des Finanzderivats vom Fonds durch die Lieferung von Geldmitteln durchgeführt werden soll, der Fonds die Geldmittel bis zum Zeitpunkt der Vereinbarung und während der ganzen Dauer des Vertragsverhältnisses entsprechend diesem Finanzderivat oder hoch liquide Vermögenswerte in einem Wert, der dem Settlementpreis des betreffenden Finanzderivats entspricht, im Fondsvermögen hält,
 - c) er mit Ausnahme von Fällen gemäß Abs. 8.6.5 des Prospektes den Basiswert, die Geldmittel oder die hoch liquiden Vermögenswerte, die zur Deckung eines Finanzderivats dienen, nicht zur Deckung eines anderen Finanzderivats verwendet; unter anderem verwendet er auch nicht die Vermögenswerte und Geldmittel, die im Rahmen der Repogeschäfte aufgewendet werden, zur Deckung des Finanzderivats,
 - d) er sicherstellt, dass der Basiswert des Finanzderivats der Anlagestrategie und dem Risikoprofil des Fonds entspricht, und
 - e) er die Zustimmung von der anderen Vertragspartei zum Settlement des Finanzderivats vor dessen Fälligkeit einholt, wodurch das Settlement entsprechend des Realwertes vom Finanzderivat erfolgt.
- 8.6.5 Der Fondsbewirtschafter hält die Geldmittel dieses Fonds für Zwecke der Risikoverminderung unter Verwendung von Finanzderivaten nur in die Höhe des Unterschieds zwischen ihren Settlementpreisen, soweit es sich um einen Fall gemäß Abs. 8.6.4 Buchst. b) des Prospektes handelt und soweit ein weiteres Finanzderivat vereinbart wird, und zwar:
- a) mit einer anderen Vertragspartei zum Zweck des Abschlusses der offenen Position aus dem Finanzderivat, und das Settlement dieser Finanzderivate erfolgt an demselben Tag, oder
 - b) mit derselben Vertragspartei zum Zweck des Abschlusses der offenen Position aus dem Finanzderivat, und das Datum des Settlements dieser Finanzderivate unterscheidet sich nicht um mehr als 7 Tage.
- 8.6.6 Die Berechnung der gesamten Exponierung des Fonds wird mindestens einmal täglich durchgeführt, und zwar mittels der standardmäßigen Verbindlichkeitsmethode (Value-at-Risk-Methode) oder einer anderen fortschrittlichen Risikomessmethode gemäß §§ 36 bis 43 RV. Der Fondsbewirtschafter stellt sicher, dass die gewählte Berechnungsmethode für die gesamte Exponierung in Bezug auf die angewandte Anlagestrategie des Fonds, auf Typ und Kompliziertheit der verwendeten Derivate und auf den Anteil der Derivate am Fondsvermögen geeignet ist. Bei der Berechnung der gesamten Exponierung des Fonds ist Folgendes zu berücksichtigen:
- a) aktueller Basiswert von Derivaten,
 - b) Ausfallrisiko bezüglich der Person, mit der die Derivate vereinbart werden,
 - c) vorausgesetzte künftige Marktbewegungen,
 - d) Dauer, für die es möglich ist, die Positionen des Fonds hinsichtlich der Derivate zu schließen, und
 - e) Bewirtschaftungstechniken gemäß Abs. 8.6.1 und 8.6.2 des Prospektes, soweit sie den Leverage-Effekt nutzen oder zur Erhöhung der Exponierung des Fonds im Verhältnis zum Marktrisiko führen.
- 8.6.7 Wird die gesamte Exponierung des Fonds mittels der standardmäßigen Verbindlichkeitsmethode berechnet, darf die Exponierung in Bezug auf die Finanzderivate in keinem Zeitpunkt den Wert von 100 % des Kapitalwertes des Fonds überschreiten; falls die Grenze infolge der Änderungen von Realwerten überschritten wird, wird die Position des Fonds im Bezug auf die Finanzderivate unverzüglich so angepasst, dass die Exponierung im Bezug auf die Finanzderivate der Grenze entspricht.
- 8.6.8 Wird die gesamte Exponierung des Fonds mittels des Modells des absoluten Risikowertes berechnet, darf der Risikowert nicht größer als 20 % des Kapitalwertes des Fonds sein.

- 8.6.9 Wird die gesamte Exponierung des Fonds mittels des Modells des relativen Risikowertes berechnet, darf der Risikowert nicht größer als das Zweifache des Risikowertes des Referenzportfolios sein.

8.7 Merkmale des typischen Anlegers

Der Fonds ist für Anleger mit niedriger Risikoaversion und mit mindestens 10-jährigem Anlagehorizont bestimmt, die an das langfristige Wachstum der Aktienmärkte glauben. Der typische Anleger sollte sich der Risiken, die mit Investitionen in Aktien verbunden sind (insbesondere Markt-, Währungs-, Liquiditätsrisiko und Risiko sich entwickelnder Märkte), bewusst sein und sollte auf das Risiko eines möglichen Verlusts aus der Investition vorbereitet sein. Der Fonds kann aufgrund der Zusammensetzung seines Vermögens und der zu seiner Bewirtschaftung verwendeten Techniken eine hohe Volatilität aufweisen, wobei der Wert des Anteilscheins des Fonds auch innerhalb kurzer Zeiträume stark steigen oder sinken kann und auch Kapitalverluste nicht ausgeschlossen werden können.

9 ANGABEN ZU RISIKEN

9.1 Risikoprofil des Fonds

- 9.1.1 Die Kurse von Wertpapieren auf den Kapitalmärkten können sinken oder steigen, und ihre Entwicklung lässt sich nicht voraussehen. Die in der Vergangenheit erreichten Erträge gewähren keine Garantie für die Erreichung gleicher Erträge in der Zukunft. Die Investmentgesellschaft versucht, die Risiken, die mit der Investition in Wertpapieren verbunden sind, zu minimieren und die Wahrscheinlichkeit der Erreichung des Ertrags zu erhöhen. Der Erfolg der Investition oder der Rückfluss des investierten Betrags sind jedoch nicht gewährleistet.
- 9.1.2 Der aktuelle Wert des Anteilscheins (und somit der Wert der Investition) kann im Vergleich mit seinem Anschaffungspreis sinken oder steigen.
- 9.1.3 Das Risikoprofil des Fonds geht vom Verhältnis des Risikos und der Erträge aus und wird vor allem durch Risiko- und Ertragsprofil ausgedrückt (sog. Synthetic Risk and Reward Indicator - SRRI):

← In der Regel niedrigerer Ertrag				In der Regel höherer Ertrag →			
← Niedrigeres Risiko				Höheres Risiko →			
1	2	3	4	5	6	7	

Das Risiko- und Ertragsprofil berücksichtigt die Wertschwankungen der Anteilscheine und verdeutlicht den potentiellen Ertrag der Investition in Bezug zum entsprechenden Risikograd des Fonds. Je höher diese Zahl ist, umso höher kann der Ertrag sein, aber umso weniger ist auch dieser Ertrag vorausschaubar, und der Anleger kann so auch einen Verlust erleiden. Auch die niedrigste Zahl bedeutet jedoch nicht, dass die Investition ganz ohne Risiko wäre, sie zeigt jedoch an, dass in Vergleich mit höheren Zahlen diese Investition zwar einen niedrigeren, jedoch voraussehbareren Ertrag bietet.

Mit Hinsicht auf das Datum der Entstehung des Fonds kann man bei der Berechnung des Risiko- und Ertragsprofils nicht von den tatsächlichen historischen Wertschwankungen des Anteilscheins ausgehen. Die Berechnung des Risiko- und Ertragsprofils beruht auf eine Modellentwicklung des Anteilscheinwertes, der die angenommene Veranlagung der Vermögenswerte in Aktien zugrunde liegt.

Der Fonds wurde am Tag der Annahme dieses Prospektes in die Risikogruppe 6 eingestuft. Dieser Wert wurde auf der Grundlage von Daten aus der Vergangenheit berechnet, die nicht immer eine verlässliche Vorhersage bilden, was das Risikoprofil des Fonds für die Zukunft betrifft. Die Einordnung des Fonds in die einschlägige Risikogruppe muss nicht definitiv sein, und der Fonds kann später in eine andere Risikogruppe eingestuft werden. Das Risiko- und Ertragsprofil wird regelmäßig neu bewertet, und die Information über seine Höhe wird auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht. Des Weiteren ist sie dem Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen zu entnehmen.

9.2 Risikoarten

- 9.2.1 Marktrisiko – Risiko, das mit der ungünstigen Bewegung des Preises oder Werts der einzelnen Vermögenswerte im Fondsvermögen einschließlich des Preises für Sicherungsoperationen und Aktiva allgemein (vor allem der Kurse von Wertpapieren, Währungen oder Zinssätzen) verbunden ist. Der Fonds ist auf Investitionen in Aktien und Instrumente ausgerichtet, die das Risiko von Aktien, die in Währungen der Länder von Mittel- und Osteuropa oder der anderen sich entwickelnden Märkte ausgegeben wurden, aufweisen. Die Investitionen des Fonds können durch die makroökonomische Lage, die wirtschaftliche Lage einzelner Emittenten oder auch durch Ereignisse, die indirekt auf die Marktentwicklung wirken (siehe Risiko der sich entwickelnden Märkte) und die eine Wirkung auf die ganze Region oder Aktivaklasse haben, beeinträchtigt werden.
- 9.2.2 Währungsrisiko - es ist Bestandteil des Marktrisikos. Es hängt mit Kursbewegungen der Währungen, in denen die Investitionen des Fonds ausgedrückt werden, gegenüber der tschechischen Krone (CZK), in der der Vermögenswert des Fonds geführt ist, zusammen. Wenn der Kurs der Währung, in dem die Investition ausgedrückt ist, gegenüber der tschechischen Krone sinkt, sinkt auch der Wert des Fondsvermögens, obwohl die Kurse der betreffenden Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt stabil sind, und umgekehrt.
- 9.2.3 Risiko der unzureichenden Liquidität – die Investmentgesellschaft kauft für den Fonds vor allem solche Wertpapiere, mit denen auf inländischen und ausländischen regulierten Märkten ordnungsgemäß gehandelt wird oder mit denen auf organisierten Märkten, die allgemein anerkannt und für die Öffentlichkeit zugänglich sind und ordnungsgemäß funktionieren, oder auf sog. OTC-Märkten gehandelt wird. Außerdem werden Wertpapiere aus neuen Emissionen eingekauft, deren Emissionsbedingungen eine Verpflichtung enthalten, den Antrag auf die Registrierung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder an einem organisierten Markt zu stellen, soweit ihre Registrierung spätestens innerhalb eines Jahr nach der Ausgabe der Wertpapiere erreicht ist. Bei einzelnen Wertpapieren, mit denen nur begrenzt und nur in bestimmten Börsensegmenten gehandelt wird, kann es ein Problem sein, die Wertpapiere zum verlangten Zeitpunkt zu verkaufen oder zum verlangten Zeitpunkt einen angemessenen Preis zu erzielen, was im äußersten Fall dazu führen kann, dass der Fonds nicht in der Lage ist, den Verbindlichkeiten aus Anträgen auf die Rücknahme von Anteilscheinen nachzukommen und dass die Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen gemäß Abs. 13.3.4 des Prospektes eingestellt wird.
- 9.2.4 Risiko der sich entwickelnden Märkte – alle Risiken, denen man auf den meisten entwickelten Märkten gewöhnlich nicht begegnet. Es handelt sich um:
- a) politische Risiken, d.h. Instabilität und Wandelbarkeit der politischen Lage und des Umfelds;
 - b) wirtschaftliche Risiken, d.h. hohe Inflationsrate, Risiken, die mit Investitionen in vor kurzem privatisierte Gesellschaften und mit der Währungsabwertung zusammenhängen, wenig entwickelte Finanzmärkte;
 - c) rechtliche Risiken, d.h. Rechtsunsicherheit und allgemein schwere Anerkennbarkeit und/oder Durchsetzbarkeit des Rechts;
 - d) steuerliche Risiken, d.h. die Steuerbelastung kann hoch sein. und es gibt keine Garantie einer einheitlichen und kohärenten Auslegung der Rechtstexte. Die örtlichen Behörde verfügen oft über das diskretionäre Recht zur Einführung neuer Steuern, manchmal auch rückwirkend;
 - e) Verlustrisiko mangels geeigneter Systeme zur Übertragung, Bewertung, Bezahlung, Abrechnung, Registrierung und Deponierung von Wertpapieren und zur Sicherung der Geschäfte.
- Diese Risiken können zu erhöhten Preisschwankungen der Anlageinstrumente führen.
- 9.2.5 Kreditrisiko – Risiko, dass der Emittent oder die Gegenpartei nicht in der Lage ist, seinen/ihren finanziellen Verbindlichkeiten nachzukommen; meist wird die Verpflichtung des Emittenten der Anleihe, die vereinbarten Zinsen oder das Kapital auszuschütten, nicht erfüllt. Trotz der sorgfältigsten Auswahl von Wertpapieren ist nicht auszuschließen, dass es zum Verlust infolge Nichterfüllung der Verpflichtungen des Emittenten kommt.
- 9.2.6 Settlementrisiko – Risiko, dass das Geschäft nicht so abgewickelt wird, wie es erwartet wurde, weil die Gegenpartei nicht bezahlt oder sie die Anlageinstrumente nicht innerhalb der festgesetzten Frist

liefert. Dieses Risiko besteht vor allem in der Möglichkeit des Verlustes der Investitionsgelegenheit. In Bezug darauf, dass die Geschäfte des Fonds - ausgenommen von Geschäften, bei denen es aufgrund ihres Wesens ausgeschlossen ist (z. B. primäre Zeichnung der Wertpapiere), und ausgenommen von FX-(Währungs-)Geschäften - grundsätzlich gegen Geldzahlung abgewickelt werden (delivery versus payment), ist das Risiko des direkten Verlustes klein.

- 9.2.7 Operationelles Risiko – es besteht im Verlust infolge von Mängeln oder Versagen der inneren Prozesse oder des menschlichen Faktors oder infolge von Auswirkungen der äußeren Ereignisse und umfasst auch Verlustrisiken für das in Verwahrung genommene Vermögen, wobei dieses Risiko vor allem durch Zahlungsunfähigkeit, Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Handeln der Person, die das Fondsvermögen oder die vom Fonds ausgegebenen Wertpapiere in Verwahrung hat, verursacht werden kann.
- 9.2.8 Zinsrisiko – das Risiko der Änderung von Zinssätzen. Es handelt sich um einen speziellen Bestandteil des Marktrisikos. Änderungen der Marktzinssätze können sich unter anderem aus der Änderung der wirtschaftlichen Lage und aus der darauf reagierenden Politik der entsprechenden Zentralbank ergeben. Wenn die Marktzinssätze steigen, sinken in der Regel die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere, und umgekehrt. Die Kursschwankungen infolge der Änderungen der Marktzinssätze sind unterschiedlich in Abhängigkeit von der Restlaufzeit des festverzinslichen Wertpapiers. Festverzinsliche Wertpapiere mit einer kürzeren Restlaufzeit weisen somit ein niedrigeres Kursrisiko auf als dieselben Wertpapiere mit einer längeren Restlaufzeit. Festverzinsliche Wertpapiere mit einer kürzeren Restlaufzeit haben in der Regel niedrigere Erträge als festverzinsliche Wertpapiere mit einer längeren Restlaufzeit.
- 9.2.9 Risiko von Finanzderivaten – das Risiko besteht sowohl in einem systematischen Risiko des Instruments selbst (Basiswertrisiko) als auch im Ausfallrisiko. Im Hinblick darauf, dass Finanzderivate im Rahmen der Anlagestrategie des Fonds vor allem als Sicherungsinstrumente (Management des Währungs- und Zinsrisikos) verwendet werden, besteht das größte Risiko von Finanzderivaten darin, dass die Entwicklung von Basiswerten (Zinssätzen, Währungskursen usw.) eine entgegengesetzte Richtung hat als erwartet und der Fonds dadurch seine Chance verpasst, einen ausreichenden Ertrag zu bilden.
- 9.2.10 Repogeschäftsrisiko – mit Repogeschäften sind zwei wesentliche Risiken verbunden: Ausfallrisiko und Basiswertrisiko, d.h. das Risiko des Anlageinstruments selbst. Beim Repogeschäft handelt es sich vor allem um das Ausfallrisiko beispielsweise infolge des Kursanstiegs eines Anlageinstrument für die Sicherung, das die Gegenpartei auf ihrem Konto hat, wodurch sie dazu motiviert werden kann, das Anlageinstrument nicht zurückzugeben. Bei Reverse-Repogeschäften ergibt sich das Risiko aus dem Basiswert, z. B. aus der Tatsache, dass die Forderung der Fonds nicht zurückgezahlt werden muss, und in das Vermögen würde dann das Anlageinstrument für die Sicherung übergehen. Der Fonds würde in diesem Fall die Risiken eingehen, die mit dem Besitz eines solchen Anlageinstruments verbunden sind, d.h. vor allem das Marktrisiko.
- 9.2.11 Risiko der vorzeitigen Auflösung bzw. Löschung des Fonds – aus rechtlichen Gründen, zum Beispiel wenn der Fonds mehr als 3 Monate keine Depotbank hat oder wenn die Höhe des Fondskapitals nicht innerhalb von 6 Monaten nach dem Tag der Entstehung des Fonds den Betrag von mindestens 1 250 000 EUR erreicht, oder wenn die ČNB der Investmentgesellschaft die Genehmigung zur Tätigkeit entzieht, und zwar aufgrund eines gerichtlichen Beschlusses oder aus anderen Gründen gemäß Abs. 15.3 des Prospektes, kann es zur Auflösung bzw. Löschung des Fonds aus dem von der ČNB geführten Register kommen. Im Hinblick auf diese Möglichkeit kann dem Teilhaber nicht gewährleistet werden, dass er für die ganze Dauer seines Anlagehorizonts Teilhaber sein kann, was eine negative Wirkung auf die erwartete Investitionsrendite haben kann.
- 9.2.12 Konzentrationsrisiko - dieses Risiko besteht in der Möglichkeit des Versagens der Investition bei Konzentration der investierten Mitteln in ein Anlageinstrument oder einen Typ des Anlageinstruments bzw. durch die ungleichmäßige Verteilung der investierten Mittel unter die einzelnen Emittenten oder Typen der Emittenten. Die Wahrscheinlichkeit des Versagens der Investitionen, die sich auf einen bestimmten Typ des Anlageinstruments/Emittents orientieren, ist durch einen gemeinsamen Risikofaktor beeinflusst, z. B. durch die Unternehmungstätigkeit im gleichen Wirtschaftsbereich oder in der gleichen geografischen Region oder durch die Ausübung der gleichen Tätigkeit oder durch das Handeln mit der gleichen Warengruppe. Die Investitionen in den Fonds können durch die Tatsache

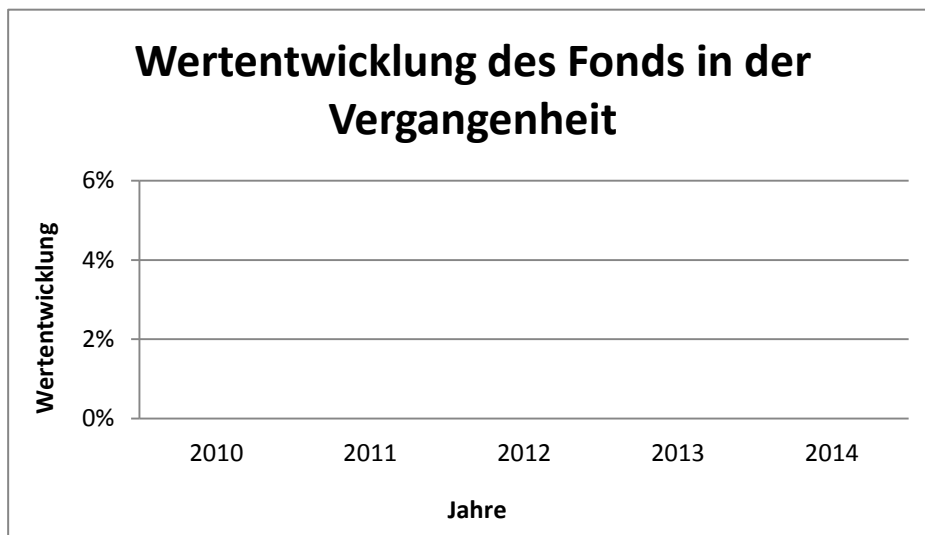
beeinträchtigt werden, dass Aktien und Instrumente mit Aktienrisiko einen bedeutenden Teil davon bilden können.

9.3 Risikomanagement

Die Investmentgesellschaft ist für das Risikomanagement verantwortlich und trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit es jederzeit möglich ist, die mit den einzelnen Positionen im Portfolio verbundenen Risiken sowie das Gesamtrisiko des Portfolios zu kontrollieren und zu messen.

10 ANGABEN ZUR WERTENTWICKLUNG IN DER VERGANGENHEIT

Die Berechnung der Wertentwicklung in der Vergangenheit geht vom Wert des Kapitals des Kollektivinvestmentfonds und von der Voraussetzung, dass sämtliche Erträge des Kollektivinvestmentfonds wieder investiert wurden, aus. Mit Hinsicht auf das Datum der Entstehung des Fonds stehen gegenwärtig keine ausreichenden Daten zur Verfügung, die den Anlegern ein nützliches Bild über die bisherige Wertentwicklung des Fonds geben würden. Aus diesem Grund enthält die Grafik bislang keine Informationen über die Wertentwicklung des Fonds. Wenn die Wertentwicklung einzelner Fondsklassen unterschiedlich ist, wird für jede Fondsklasse weiter unten eine gesonderte Grafik erstellt.



11 GRUNDSÄTZE DER FONDSWIRTSCHAFT UND GEWINN- ODER ERTRAGSAUSSCHÜTTUNG

- 11.1.1 Der Fonds wird von einer Investmentgesellschaft mit fachlicher Sorgfalt bewirtschaftet. Die Eigentumsrechte am Fondsvermögen werden im Namen und auf das Konto der Teilhaber der Investmentgesellschaft ausgeübt.
- 11.1.2 Bei der Bewirtschaftung des Fondsvermögens befolgt die Investmentgesellschaft folgende Regeln: Regeln der umsichtigen Ausübung der Tätigkeit, Regeln für die Bewirtschaftung des Fondsvermögens und Handlungsregeln, die unter anderem in der Einhaltung des Vorrangs der Interessen der Teilhaber vor der eigenen Interessen und Interessen Dritter bestehen.
- 11.1.3 Der Abrechnungszeitraum des Fonds ist das Kalenderjahr, das am 1. Januar beginnt und am 31. Dezember endet. Der erste Abrechnungszeitraum des Fonds beginnt am Tag der Eintragung in die einschlägige von der ČNB geführte Liste.
- 11.1.4 Der vom Wirtschaftsprüfer beglaubigte Rechnungsabschluss des Fonds sowie die Entscheidung über die Verteilung von Gewinnen oder anderen Erträgen aus dem Fondsvermögen bzw. über die Verlustdeckung werden vom Vorstand der Investmentgesellschaft genehmigt.
- 11.1.5 Informationen über die Rechte an der Gewinn- oder Ertragsausschüttung aus dem Fondsvermögen oder über die Wiederanlage dieser Quellen, die sich auf einzelne Arten (Klassen) von Anteilscheinen beziehen, sind dem Artikel 12 des Prospektes zu entnehmen.

- 11.1.6 Die Investmentgesellschaft schüttet die Dividenden unter den im Prospekt festgelegten Bedingungen durch einen Verwalter der Selbstständigen Erfassung unverzüglich nach dem Stichtag aus. Bei Teilhabern, denen der Verwalter der Selbstständigen Erfassung die Inhaberkonten verwaltet, überweist dieser Verwalter den betreffenden Dividendenbetrag auf das Bankkonto des Teilhabers. Bei Personen, die die Anknüpfende Erfassung an die Selbstständige Erfassung führen, überweist der Verwalter der Selbstständigen Erfassung die Mittel auf das Bankkonto des Verwalters der Anknüpfenden Erfassung. Der Verwalter der Anknüpfenden Erfassung ist dann für die frist- und ordnungsgemäße Ausschüttung von Dividenden an einzelne Teilhaber verantwortlich.
- 11.1.7 Ansprüche auf Dividendenausschüttung, die von den Teilhabern nicht geltend gemacht werden oder die wegen ungültiger oder fehlerhafter Bankverbindungen des Teilhabers innerhalb von 5 Jahren nach dem Beschluss des Vorstands der Investmentgesellschaft über die Dividendenausschüttung nicht erfüllt werden können, gelten als verjährt, und sie erhöhen das Fondsvermögen zum ersten Tag nach Ablauf dieser fünfjährigen Frist um den betreffenden Betrag.
- 11.1.8 Das Vermögen und die Schulden des Fonds werden anhand des Realwerts bewertet. Das Verfahren für die Ermittlung des Realwertes des Vermögens und der Schulden der Fonds und das Verfahren für die Ermittlung des aktuellen Wertes des Anteilscheins entsprechen den geltenden Rechtsvorschriften, vor allem den Bestimmungen in §§ 190 bis 202 GIGAF.
- 11.1.9 Die Abschätzung des Vermögens und der Schulden des Fonds erfolgt am Tag, an dem der aktuelle Wert des Anteilscheins ermittelt wird, sowie am Ende des Abrechnungszeitraums bzw. am Tag des besonderen Rechnungsabschlusses.
- 11.1.10 Die erste Ermittlung des aktuellen Wertes des Anteilscheins erfolgt am Tag, der in der Anzeige über den Beginn des Anbietens aufgeführt ist. Anschließend wird der aktuelle Wert des Anteilscheins an jedem Arbeitstag ermittelt.
- 11.1.11 Der aktuelle Wert von Anteilscheinen aller Fondsklassen wird in der Regel für jeden Arbeitstag ermittelt, und zwar am nachfolgenden Tag, mindestens jedoch einmal für 2 Wochen oder für jeden Tag, an dem Anteilscheine ausgegeben und zurückgenommen wurden. Die aktuellen Werte von Anteilscheinen werden durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht. Die Investmentgesellschaft kann in begründeten Fällen einen aktuellen Wert des Anteilscheins ermitteln, der für mehrere Tage gültig ist.
- 11.1.12 Der aktuelle Wert der Anteilscheine aller Fondsklassen wird mit einer Genauigkeit von 6 Dezimalstellen mit anschließender Rundung auf 4 Dezimalstellen berechnet.
- 11.1.13 Die Buchhaltung des Fonds wird so geführt, dass es möglich ist, den Realwert des Anteilscheins für einzelne Fondsklassen zu ermitteln. Die Salden einzelner Konten und die einzelnen Buchhaltungsunterlagen werden unter einzelne Fondsklassen nach einem Allokationsschlüssel verteilt. Berechnet wird der Allokationsschlüssel aufgrund des Verhältnisses des Fondskapitals, das auf die einzelnen Fondsklassen entfällt, gegenüber dem gesamten Kapital des Fonds für den vorherigen Tag, an dem der aktuelle Wert der Anteilscheine des Fonds ermittelt wurde. Das Allokationsverhältnis wird mit einer Genauigkeit von 8 Dezimalstellen berechnet. Wenn die Summe der Anteile einzelnen Fondsklassen im Allokationsschlüssel kleiner als 1 ist, wird der Restbetrag aus der Rundungsdifferenz derjenigen Fondsklasse zugeteilt, die das höchste Datum der ersten Ermittlung des aktuellen Wertes des Anteilscheins aufweist.
- 11.1.14 Der aktuelle Wert der Anteilscheinklasse wird als Quotient des Fondskapitals, das auf die Klasse entfällt, und der Anzahl der Anteilscheine der Klasse berechnet. Grundlage für die Berechnung des aktuellen Werts des Anteilscheins ist das Fondskapital, das auf die Anteilscheinklasse an demjenigen Tag entfällt, für den die Berechnung des aktuellen Werts des Anteilscheins durchgeführt wird. Im Fondskapital wird die Rechnungsabgrenzung der Gemeinkosten berücksichtigt, vor allem der Gebühren, die im Prospekt aufgeführt sind, z. B. Entgelt für Bewirtschaftung, Verwaltung, Ausübung der Tätigkeit der Depotbank und erwartete Steuerpflicht zum Tag, für den die Berechnung des Fondskapitals durchgeführt wird. Das auf die Klasse entfallende Fondskapital wird ermittelt als Summe der Werte der auf die Klasse entfallenden Fondskapitale, des auf die Klasse entfallenden unverteilter Wirtschaftsergebnisses und des auf die Klasse entfallenden Wirtschaftsergebnisses des laufenden Jahres nach Steuern.

- 11.1.15 Die einzelnen Rechnungsposten der Konten des Wirtschaftsergebnisses werden auf die Klassen nach einem Allokationsschlüssel verteilt, der dem Anteil zwischen den kumulativen Summen der Restbeträge der einzelnen oben genannten Rechnungsposten (Kapitalfonds, unverteilttes Wirtschaftsergebnis, Wirtschaftsergebnis des laufenden Geschäftsjahres nach Steuern) nach Klassen entspricht.
- 11.1.16 In Übereinstimmung mit § 5 Abs. 3 GIGAF werden die Bestimmungen der §§ 1401, 1415 Abs. 1 und 1432 bis 1437 des Gesetzes Nr. 89/2012 Slg., BGB, für die Bewirtschaftung des Fonds nicht angewendet.

12 VOM FONDS AUSGEGEBENE WERTPAPIERE

12.1 Anteilscheine des Fonds

- 12.1.1 Der Fonds gibt Anteilscheine aus. Alle Anteilscheine werden in verbuchter Form auf den Überbringer ausgegeben. Die Anteilscheine können auch als Sammelanteilscheine ausgegeben werden.
- 12.1.2 Die Anteilscheine haben keinen Nennwert.
- 12.1.3 Die Anteilscheine werden im Zeitraum nach der Anzeige über den Beginn des Anbietens für 1,- CZK ausgegeben und zurückgenommen, maximal jedoch für die Dauer von 3 Monaten.
- 12.1.4 Die Anteilscheine werden zum Handel weder auf dem europäischen regulierten Markt noch im multilateralen Handelssystem angenommen.
- 12.1.5 Die Anteilscheine können nach Erfüllung der in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten Bedingungen auch in anderen Ländern der Europäischen Union angeboten werden.
- 12.1.6 Der aktuelle Wert von Anteilscheinen wird in CZK festgesetzt. Investitionen in den Fonds können nur in CZK abgewickelt werden. Auszahlungen für die Rücknahme von Anteilscheinen erfolgen nur in CZK. Die Ausschüttung der Dividende aus dem Fonds erfolgt in CZK.

12.2 Verwalter der Erfassung der Emission von Anteilscheinen

- 12.2.1 Die Anteilscheine werden vom Verwalter der Selbstständigen Erfassung auf Inhaberkonten oder auf Kundenkonten erfasst. Das Kundenkonto kann aufgrund des einschlägigen Vertrags nur vom Verwalter der Selbstständigen Erfassung für den Verwalter der Anknüpfenden Erfassung errichtet werden. Das Inhaberkonto kann vom Verwalter der Selbstständigen Erfassung oder vom Verwalter der Anknüpfenden Erfassung aufgrund des einschlägigen Vertrags mit dem Inhaber errichtet werden. Die Selbstständige Erfassung und die Anknüpfende Erfassung werden gemäß § 93 GUTKM und RV verwaltet, beziehungsweise gemäß der entsprechenden rechtlichen Regelung des Staates, in dem der Verwalter der Selbstständigen Erfassung oder der Verwalter der Anknüpfenden Erfassung ansässig ist.
- 12.2.2 Die natürliche oder juristische Person wird Teilhaber an demjenigen Tag, an dem die Anteilscheine ihrem Inhaberkonto in der Selbstständigen Erfassung oder dem Kundenkonto in der Selbstständigen Erfassung und dem Inhaberkonto in der Anknüpfenden Erfassung gutgeschrieben werden.
- 12.2.3 Die Liste der Teilhaber wird durch das Register der verbuchten Anteilscheine ersetzt.

12.3 Mit den Anteilscheinen verbundene Rechte

- 12.3.1 Je nach den konkreten Bedingungen können gemäß § 121 GIGAF bis zu 3 verschiedene Arten (Klassen) von Anteilscheinen ausgegeben werden. Die einzelnen Klassen unterscheiden sich im Verfahren, wie mit dem Gewinn des Fonds umgegangen wird, in der Höhe der Ausgabegebühr (Aufschlag), in der Mindesthöhe der Investition und im Vertriebsnetz. Jeder Anteilscheinart ist eine eigene ISIN zugeordnet.

Anteilscheinart	Klasse A1	Klasse A2	Klasse A3
	Kapitalklasse	Dividendenklasse	RSTS-Klasse *
	Raiffeisen Aktienfonds		
ISIN	CZ0008474442	CZ0008474459	CZ0008474467
Ausgabegebühr (Aufschlag) **	bis zu 4 %	bis zu 4 %	bis zu 5 %
Rücknahmegebühr (Abschlag)	0	0	0
Mindesthöhe der Investition ***	500 CZK	100.000 CZK	500 CZK
Entgelt der Investmentgesellschaft	bis zu 2 %	bis zu 2 %	bis zu 2 %
Gewinnverteilung	Wiederanlage	Gewinnausschüttung	Wiederanlage

* Die Anteilscheine der Klasse A3 sind ausschließlich bestimmt für den Vertrieb durch die Raiffeisen stavební spořitelna a.s. mit Sitz Koněvova 2747/99, Praha 3, ID-Nr. 49241257, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Prag, Abteilung B, Nr. 2102

** Ergänzende Informationen siehe Abs. 14 des Prospektes.

*** Mindesthöhe jeder einzelnen Investition jedes einzelnen Anlegers.

12.3.2 Mit allen Anteilscheinarten sind vor allem folgende Rechte verbunden:

- Anteil der Teilhabers am Fondsvermögen,
- Recht auf Rücknahme des Anteilscheins zu seinem aktuellen Wert, der an demjenigen Tag bekannt gegeben wurde, an dem der Antrag des Teilhabers auf Rücknahme des Anteilscheins der Investmentgesellschaft zugestellt wurde,
- Recht auf Zahlung des aktuellen Werts des Anteilscheins spätestens innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung des Antrags auf Rücknahme des Anteilscheins,
- Recht auf Auszahlung des Anteils bei Auflösung des Fonds mit Liquidation, und zwar innerhalb von 3 Monaten nach Begleichung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Bewirtschaftung des Fondsvermögens,
- Recht auf kostenlose Bereitstellung des Dokuments mit wesentlichen Anlegerinformationen und, falls vom Teilhaber verlangt, auch des Prospektes und des letzten veröffentlichten Jahresberichts oder Halbjahresberichts des Fonds,
- Recht auf Rücknahme von Anteilscheinen gemäß § 211 GIGAF bei Erhöhung des Entgelts der Investmentgesellschaft oder der Rücknahmegebühr über den im Prospekt angegebenen Wert, und zwar mindestens für die Dauer von 30 Tagen nach Bekanntgabe der Erhöhung des Entgelts der Investmentgesellschaft oder der Rücknahmegebühr, wobei auch der Tag des Ablaufs dieser Frist bekannt gegeben wird.

12.3.3 Bei den (Thesaurierungs-)Wiederanlage-Klassen (A1 und A3) hat der Teilhaber kein Recht auf Gewinn- oder Ertragsausschüttung aus der Bewirtschaftung des Fondsvermögens, und soweit der Vorstand der Investmentgesellschaft gemäß Abs. 11.1.4 des Prospekts nicht anders entscheidet, bleibt der Gewinn in vollem Umfang im Fondsvermögen als Quelle für weitere Investitionen.

12.3.4 Bei der Dividendenklasse (A2) hat der Teilhaber das Recht auf Gewinn- oder Ertragsausschüttung aus der Bewirtschaftung des Fondsvermögens. Vorschüsse auf den Gewinn gemäß § 120 Abs. 2 Buchst. b) GIGAF werden nicht ausgezahlt. Der Vorstand der Investmentgesellschaft kann gemäß Abs. 11.1.4 des Prospekts entscheiden, dass die Dividendenausschüttung in den nächsten Abrechnungszeitraum verschoben wird, wenn die Verwaltungskosten für die Dividendenausschüttung unangemessen höher als die ausgeschütteten Dividenden wären oder wenn die Höhe der Dividende, die auf den Anteilschein entfällt, kleiner als 0,1 % des Wertes des Anteilscheins, der am 31. Dezember des Vorjahres ermittelt wurde, wäre.

12.3.5 Bei der Dividendenklasse (A2) wird den einzelnen Teilhabern der Ertrag nach Abzug der Abschlagssteuer bzw. Sicherungssteuer ausgeschüttet, und zwar in einer Höhe, die dem Vielfachen der Anzahl der Anteilscheine der A2-Klasse im Vermögen des Teilhabers zum Stichtag für die

Dividendenausschüttung entspricht sowie dem Anteil des Gewinns, der auf den Anteilschein der A2-Klasse zum Stichtag entfällt. Stichtag für die Ausschüttung von Dividenden für den vorangegangenen Abrechnungszeitraum ist der 31. Mai. Die Besteuerung beim Emittenten ersetzt nicht die Steuerpflichten der Teilhaber, die den Besitz und die Übertragung von Anteilscheinen gemäß Abs. 15.5 des Prospektes betreffen.

- 12.3.6 Die Investmentgesellschaft unterbricht im Zusammenhang mit der Auszahlung von Dividenden 6 Arbeitstage vor dem Stichtag die Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen der Dividendenklasse (A2). Die Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen der Dividendenklasse (A2) wird am ersten Arbeitstag nach dem Stichtag wiederausgenommen.

12.4 Nachweis des Eigentumsrechts am Anteilschein

Das Eigentumsrecht am Anteilschein wird mit einem Auszug aus dem Inhaberkonto in der Selbstständigen Erfassung bzw. aus dem Inhaberkonto in der Anknüpfenden Erfassung und mit dem Personalausweis nachgewiesen.

13 AUSGABE UND RÜCKNAHME VON WERTPAPIEREN DES FONDS

13.1 Ausgabe von Anteilscheinen

- 13.1.1 Von der Investmentgesellschaft werden die Anteilscheine für den Betrag des aktuellen Werts der Fondsklasse, der für den jeweiligen Handelstag bekannt gegeben wurde, ausgegeben. Der Betrag kann gegebenenfalls um den Ausgabeaufschlag erhöht werden.
- 13.1.2 Der Antrag auf Ausgabe von Anteilscheinen muss vom Vertriebshändler dem Verwalter der Selbstständigen Erfassung am Handelstag bis 16:00 Uhr zugestellt werden. Ein Antrag auf Ausgabe von Anteilscheinen, der innerhalb des Zeitraums vom vorherigen Handelstag bis zum vorstehenden Termin gestellt wird, gilt als Antrag, der am Handelstag gestellt worden ist. Der Verwalter der Selbstständigen Erfassung kann den Antrag auch nach Ablauf der vorstehenden Frist am selben Tag annehmen.
- 13.1.3 Der Antrag auf Ausgabe von Anteilscheinen kann für die konkrete Anzahl von Anteilscheinen oder für den konkreten Betrag in CZK, den der Teilhaber investieren will, spezifiziert werden.
- 13.1.4 Bei der Ausgabe von Anteilscheinen aufgrund eines Antrags auf Ausgabe von Anteilscheinen in einer konkreten spezifizierten Anzahl wird dem Teilhaber die von ihm spezifizierte Anzahl von Anteilscheinen gegen Bezahlung eines Betrags ausgegeben, der dem Produkt der Anzahl der auszugebenden Anteilscheine und des auf 2 Dezimalstellen aufgerundeten aktuellen Werts des Anteilscheins, der am Handelstag bekannt gegeben wurde (bzw. der um den Ausgabeaufschlag erhöht wird) entspricht. Das Fondsvermögen wird um die entstandene Rundungsdifferenz erhöht.
- 13.1.5 Bei der Ausgabe von Anteilscheinen aufgrund eines Antrags auf Ausgabe von Anteilscheinen in einem konkreten spezifizierten Betrag in CZK, den der Teilhaber investieren will, wird dem Teilhaber eine Anzahl von Anteilscheinen ausgegeben, die dem Quotienten des investierten Betrags und des auf ganze Zahlen abgerundeten aktuellen Werts des Anteilscheins, der am Handelstag bekannt gegeben wurde (bzw. der um den Ausgabeaufschlag erhöht wird) entspricht. Das Fondsvermögen wird um die entstandene Rundungsdifferenz erhöht.
- 13.1.6 Die Ausgabe von Anteilscheinen wird durch die Gutschrift von Anteilscheinen auf das Inhaberkonto in der Selbstständigen Erfassung oder auf das Kundenkonto in der Selbstständigen Erfassung und das Inhaberkonto in der Anknüpfenden Erfassung durchgeführt, d. h. es werden die neuen Anteilscheine unverzüglich nach dem Handelstag ausgegebenen, jedoch nicht früher, als die Geldmittel auf das Konto des Fonds beim Verwalter der Selbstständigen Erfassung gutgeschrieben werden. Die Ausgabe von Anteilscheinen erfolgt in der Regel innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem Handelstag.
- 13.1.7 Die Mindesthöhe jeder einzelnen Investition einschließlich Ausgabeaufschlag für die einzelnen Anteilscheinarten ist in Abs. 12.3.1 des Prospektes angegeben. Wenn der Betrag, den der Anleger investieren will, niedriger als die Mindesthöhe der Investition ist, kann die Investmentgesellschaft diesen Antrag auf Ausgabe von Anteilscheinen ablehnen.

13.2 Rücknahme von Anteilscheinen des Fonds

- 13.2.1 Die Investmentgesellschaft nimmt die Anteilscheine unter Verwendung von Mitteln des Fonds zum Wert des Anteilscheins, der am Handelstag bekannt gegeben wurde, zurück. Eine Rücknahmegebühr wird von der Investmentgesellschaft nicht in Rechnung gestellt.
- 13.2.2 Der Antrag auf Rücknahme von Anteilscheinen muss vom Vertriebshändler dem Verwalter der Selbstständigen Erfassung am Handelstag bis 16:00 Uhr zugestellt werden. Ein Antrag auf Rücknahme von Anteilscheinen, der innerhalb des Zeitraums Frist vom vorangegangenen Handelstag bis zum vorstehenden Termin gestellt wird, gilt als Antrag, der am Handelstag gestellt worden ist. Der Verwalter der Selbstständigen Erfassung kann den Antrag auch nach Ablauf der vorstehenden Frist am selben Tag annehmen.
- 13.2.3 Ein Antrag auf Rücknahme von Anteilscheinen kann für eine konkrete Anzahl von Anteilscheinen oder für einen konkreten Betrag in CZK, den der Teilhaber auszuzahlen beantragt, spezifiziert werden. Ein Antrag kann nur von einem Teilhaber angenommen werden, d.h. einer Person, der die Anteilscheine der entsprechenden Klasse und in der entsprechenden Anzahl bereits auf ihrem Vermögenskonto gutgeschrieben wurden.
- 13.2.4 Bei der Rücknahme von Anteilscheinen aufgrund eines Antrags auf Rücknahme von Anteilscheinen in einer konkreten spezifizierten Anzahl wird dem Teilhaber ein Betrag ausgezahlt, der dem Produkt der Anzahl der zurückgenommenen Anteilscheine und des auf 2 Dezimalstellen abgerundeten aktuellen Werts des Anteilscheins, der am Handelstag bekannt gegeben wurde, entspricht. Das Fondsvermögen wird um die entstandene Rundungsdifferenz erhöht.
- 13.2.5 Bei der Rücknahme von Anteilscheinen aufgrund eines Antrags auf Rücknahme von Anteilscheinen für einen konkreten spezifizierten Betrag in CZK, den der Teilhaber auszuzahlen beantragt, wird dem Teilhaber ein Betrag ausgezahlt, der dem Produkt der Anzahl der zurückgenommenen Anteilscheine (wobei diese Anzahl berechnet wird als Quotient des beantragten Betrags und des auf ganze Zahlen aufgerundeten aktuellen Wertes für den Anteilschein, der am Handelstag bekannt gegeben wurde) und des auf 2 Dezimalstellen abgerundeten aktuellen Werts des Anteilscheins, der am Handelstag bekannt gegeben wurde, entspricht. Das Fondsvermögen wird um die entstandene Rundungsdifferenz erhöht.
- 13.2.6 Die Rücknahme von Anteilscheinen wird durch Gutschrift von Anteilscheinen auf das Inhaberkonto in der Selbstständigen Erfassung oder auf das Kundenkonto in der Selbstständigen Erfassung und das Inhaberkonto in der Anknüpfenden Erfassung durchgeführt. Die Investmentgesellschaft nimmt dabei auch das finanzielle Settlement der Rücknahme von Anteilscheinen vor. Unter dem finanziellen Settlement wird zu diesem Zweck die Überweisung des entsprechenden Betrags auf das Konto des Teilhabers bzw. des Verwalters der Anknüpfenden Erfassung verstanden. Die Rücknahme von Anteilscheinen erfolgt in der Regel innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem Handelstag, spätestens jedoch innerhalb von 2 Wochen nach dem Handelstag.
- 13.2.7 Das Mindestvolumen von Anteilscheinen, die vom Teilhaber zurückgenommen werden, beträgt 500 Stück oder wird in einem äquivalenten Betrag in CZK ausgedrückt. Ist die Anzahl von Anteilscheinen der konkreten Fondsklasse auf dem Konto des Inhabers oder des Kunden in der Selbstständigen Erfassung oder auf dem Konto des Inhabers in der Anknüpfenden Erfassung kleiner als 500 Stück, kann die Investmentgesellschaft sämtliche Anteilscheine, die auf diesem Vermögenskonto erfasst sind, zurücknehmen.

13.3 Gemeinsame Bestimmungen über die Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen

- 13.3.1 Der Antrag auf Ausgabe oder Rücknahme eines Anteilscheins kann der Investmentgesellschaft insbesondere über die Verkaufsstellen eingereicht werden.
- 13.3.2 Der Verwalter der Anknüpfenden Erfassung kauft oder verkauft die Anteilscheine durch den Verwalter der Selbstständigen Erfassung im Namen der Teilhaber.
- 13.3.3 Der Teilhaber wird von der Durchführung der Ausgabe oder Rücknahme von Anteilscheinen durch einen Auszug in Kenntnis gesetzt, der ihm von der Person zugesandt wird, die das Konto des Inhabers in der Selbstständigen Erfassung oder das Konto des Inhabers in der Anknüpfenden Erfassung führt, und zwar je nach der vereinbarten Häufigkeit der Auszüge, stets jedoch nach den einschlägigen Rechtsvorschriften, in denen die Frist für die Sendung solcher Bestätigungen festgelegt ist.

- 13.3.4 In außerordentlichen Fällen kann die Investmentgesellschaft entscheiden, die Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen für eine Dauer von höchstens 3 Monaten zu unterbrechen, wenn dies zum Schutz der Rechte oder der rechtlich geschützten Interessen der Teilhaber erforderlich ist. Die Rücknahme von Anteilen kann vor allem dann unterbrochen werden, wenn der aktuelle Wert von Anteilscheinen objektiv nicht ermittelt werden kann, weil die Informationen für die Ermittlung dieses Wertes nicht zugänglich sind und die möglichen Abweichungen bedeutende Werte erreichen, oder wenn die Liquidität der Aktiva im Fondsvermögen herabgesetzt ist. Das Protokoll der Entscheidung über die Unterbrechung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen wird durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht.

13.4 Besondere Bestimmungen für den Umgang mit Anteilscheinen

- 13.4.1 Eine Änderung in der Person des Anteilscheininhabers erfolgt durch Übertragung oder Übergang. Die Übertragung oder der Übergang von Anteilscheinen kann nur über die Person des Verwalters der Selbstständigen oder der Anknüpfenden Erfassung durchgeführt werden.
- 13.4.2 Bei Änderungen gemeldeter Angaben des Teilhabers ist dieser verpflichtet, die Änderungen unverzüglich durch eine der Verkaufsstellen bzw. durch die Investmentgesellschaft anzuzeigen. Die Verantwortung für eventuelle Folgen der Nichterfüllung dieser Pflicht wird vom Teilhaber getragen.

14 GEBÜHREN UND KOSTEN

14.1 Struktur der Gebühren und Kosten für die Anteilscheinart: Klasse A1

Einmalige Gebühren, die vor oder nach der Beendigung der Investition in Rechnung gestellt werden (Es handelt sich um den höchsten Betrag, der dem Anleger vor der Investition oder vor der Auszahlung der Investition in Rechnung gestellt werden kann)	
Ausgabegebühr (Aufschlag)	bis zu 4 % des investierten Betrags¹
Rücknahmegebühr (Abschlag)	0
Kosten, die aus dem Fondsvermögen im Laufe des Jahres beglichen werden	
Gesamtkostenquote (TER)²	2,80 %³
Synthetische Gesamtkostenquote⁴	-
Kosten, die unter besonderen Bedingungen aus dem Fondsvermögen beglichen werden	
An die Wertentwicklung des Fonds gebundene Gebühren	nicht bestimmt

¹) Aufschlag:

- Durch Entscheidung der Investmentgesellschaft kann den Teilhabern ein niedrigerer Aufschlag in Rechnung gestellt werden.
- Die Aufschlagshöhe kann nach dem Volumen des investierten Betrags gestaffelt werden.
- Informationen über die aktuelle Höhe des Aufschlags und seine eventuelle Staffelung nach dem Volumen des investierten Betrags sind am Sitz der Investmentgesellschaft, bei allen Verkaufsstellen oder unter der Internetadresse www.rfis.cz verfügbar.
- Teilhabern, denen der Aufschlag nicht in Rechnung gestellt wird, kann der Vertriebs Händler eine Gebühr für die Besorgung des Einkaufs von Anteilscheinen, die die maximale Höhe des Aufschlags nicht überschreitet, in Rechnung stellen.

²) Die Kennzahl der Gesamtkostenquote (TER) entspricht dem Verhältnis der Gesamthöhe der Kosten zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals. Dieser Parameter gibt an, wie das Vermögen im Fonds mit sämtlichen Kosten belastet ist.

³) Die Gesamtkostenquote für die erste Periode der Existenz des Fonds wurde durch eine qualifizierte Schätzung ermittelt. Mit der tatsächlichen Höhe der Gesamtkostenquote des Fonds für das Jahr 2014 kann sich der Anleger unter der Adresse www.rfis.cz nach Beendigung des Abrechnungszeitraums des Fonds, spätestens jedoch bis zum 30.04.2015, bekannt machen.

⁴) Bei Fonds, die mindestens 10 % ihres Vermögenswertes in andere Fonds investieren, muss auch die sog. Synthetische Gesamtkostenquote angegeben werden. Die Synthetische Gesamtkostenquote entspricht der Summe der eigenen Gesamtkostenquote und der Gesamtkostenquote jedes der Zielfonds in einem Verhältnis, das den Anteil des Zielfonds am Fondskapital wiedergibt, wobei das prozentuale Verhältnis von Abschlägen, Aufschlägen und Gebühren der Zielfonds zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals in die

Gesamtkostenquote der Zielfonds eingerechnet wird. Im Hinblick darauf, dass die Investmentgesellschaft im ersten Jahr des Bestehens des Fonds nicht beabsichtigt, in Wertpapiere, die von anderen Kollektivinvestmentfonds ausgehen werden, zu investieren, wird die Gesamtkostenquote nicht angegeben.

14.2 Struktur der Gebühren und Kosten für die Anteilscheinart: Klasse A2

Einmalige Gebühren, die vor oder nach der Beendigung der Investition in Rechnung gestellt werden (Es handelt sich um den höchsten Betrag, der dem Anleger vor der Investition oder vor der Auszahlung der Investition in Rechnung gestellt werden kann)	
Ausgabegebühr (Aufschlag)	bis zu 4 % des investierten Betrags¹
Rücknahmegebühr (Abschlag)	0
Kosten, die aus dem Fondsvermögen im Laufe des Jahres beglichen werden	
Gesamtkostenquote (TER)²	2,80 %³
Synthetische Gesamtkostenquote⁴	-
Kosten, die unter besonderen Bedingungen aus dem Fondsvermögen beglichen werden	
An die Wertentwicklung des Fonds gebundene Gebühren	nicht bestimmt

¹) Aufschlag:

- Durch Entscheidung der Investmentgesellschaft kann den Teilhabern ein niedrigerer Aufschlag in Rechnung gestellt werden.
- Die Aufschlaghöhe kann nach dem Volumen des investierten Betrags gestaffelt werden.
- Informationen über die aktuelle Höhe des Aufschlags und seine eventuelle Staffelung nach dem Volumen des investierten Betrags sind am Sitz der Investmentgesellschaft, bei allen Verkaufsstellen oder unter der Internetadresse www.rfis.cz verfügbar.
- Teilhabern, denen der Aufschlag nicht in Rechnung gestellt wird, kann der Vertriebshändler eine Gebühr für die Besorgung des Einkaufs von Anteilscheinen, die die maximale Höhe des Aufschlags nicht überschreitet, in Rechnung stellen.

²) Die Kennzahl der Gesamtkostenquote (TER) entspricht dem Verhältnis der Gesamthöhe der Kosten zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals. Dieser Parameter gibt an, wie das Vermögen im Fonds mit sämtlichen Kosten belastet ist.

³) Die Gesamtkostenquote für die erste Periode der Existenz des Fonds wurde durch eine qualifizierte Schätzung ermittelt. Mit der tatsächlichen Höhe der Gesamtkostenquote des Fonds für das Jahr 2014 kann sich der Anleger unter der Adresse www.rfis.cz nach Beendigung des Abrechnungszeitraums des Fonds, spätestens jedoch bis zum 30.04.2015, bekannt machen.

⁴) Bei Fonds, die mindestens 10 % ihres Vermögenswertes in andere Fonds investieren, muss auch die sog. Synthetische Gesamtkostenquote angegeben werden. Die Synthetische Gesamtkostenquote entspricht der Summe der eigenen Gesamtkostenquote und der Gesamtkostenquote jedes der Zielfonds in einem Verhältnis, das den Anteil des Zielfonds am Fondskapital wiedergibt, wobei das prozentuale Verhältnis von Abschlägen, Aufschlägen und Gebühren der Zielfonds zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals in die Gesamtkostenquote der Zielfonds eingerechnet wird. Im Hinblick darauf, dass die Investmentgesellschaft im ersten Jahr des Bestehens des Fonds nicht beabsichtigt, in Wertpapiere, die von anderen Kollektivinvestmentfonds ausgehen werden, zu investieren, wird die Gesamtkostenquote nicht angegeben.

14.3 Struktur der Gebühren und Kosten für die Anteilscheinart: Klasse A3

Einmalige Gebühren, die vor oder nach der Beendigung der Investition in Rechnung gestellt werden (Es handelt sich um den höchsten Betrag, der dem Anleger vor der Investition oder vor der Auszahlung der Investition in Rechnung gestellt werden kann)	
Ausgabegebühr (Aufschlag)	bis zu 5 % des investierten Betrags¹
Rücknahmegebühr (Abschlag)	0
Kosten, die aus dem Fondsvermögen im Laufe des Jahres beglichen werden	
Gesamtkostenquote (TER)²	2,80 %³
Synthetische Gesamtkostenquote⁴	-
Kosten, die unter besonderen Bedingungen aus dem Fondsvermögen beglichen werden	

An die Wertentwicklung des Fonds gebundene Gebühren	nicht bestimmt
--	----------------

¹⁾ Aufschlag:

- Durch Entscheidung der Investmentgesellschaft kann den Teilhabern ein niedrigerer Aufschlag in Rechnung gestellt werden.
- Die Aufschlaghöhe kann nach dem Volumen des investierten Betrags gestaffelt werden.
- Informationen über die aktuelle Höhe des Aufschlags und seine eventuelle Staffelung nach dem Volumen des investierten Betrags sind am Sitz der Investmentgesellschaft, bei allen Verkaufsstellen oder unter der Internetadresse www.rfis.cz verfügbar.
- Teilhabern, denen der Aufschlag nicht in Rechnung gestellt wird, kann der Vertriebs Händler eine Gebühr für die Besorgung des Einkaufs von Anteilscheinen, die die maximale Höhe des Aufschlags nicht überschreitet, in Rechnung stellen.

²⁾ Die Kennzahl der Gesamtkostenquote (TER) entspricht dem Verhältnis der Gesamthöhe der Kosten zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals. Dieser Parameter gibt an, wie das Vermögen im Fonds mit sämtlichen Kosten belastet ist.

³⁾ Die Gesamtkostenquote für die erste Periode der Existenz des Fonds wurde durch eine qualifizierte Schätzung ermittelt. Mit der tatsächlichen Höhe der Gesamtkostenquote des Fonds für das Jahr 2014 kann sich der Anleger unter der Adresse www.rfis.cz nach Beendigung des Abrechnungszeitraums des Fonds, spätestens jedoch bis zum 30.04.2015, bekannt machen.

⁴⁾ Bei Fonds, die mindestens 10 % ihres Vermögenswertes in andere Fonds investieren, muss auch die sog. Synthetische Gesamtkostenquote angegeben werden. Die Synthetische Gesamtkostenquote entspricht der Summe der eigenen Gesamtkostenquote und der Gesamtkostenquote jedes der Zielfonds in einem Verhältnis, das den Anteil des Zielfonds am Fondskapital wiedergibt, wobei das prozentuale Verhältnis von Abschlägen, Aufschlägen und Gebühren der Zielfonds zum monatlichen Durchschnittswert des Fondskapitals in die Gesamtkostenquote der Zielfonds eingerechnet wird. Im Hinblick darauf, dass die Investmentgesellschaft im ersten Jahr des Bestehens des Fonds nicht beabsichtigt, in Wertpapiere, die von anderen Kollektivinvestmentfonds ausgehen werden, zu investieren, wird die Gesamtkostenquote nicht angegeben.

14.4 Kosten, die aus dem Fondsvermögen beglichen werden

Zu den Kosten, die aus dem Fondsvermögen beglichen werden, gehören vor allem:

- Verwaltungs- und Gerichtsgebühren,
- Steuern,
- Entgelt für die Ausübung der Funktion der Depotbank gemäß Art. 14.5 des Prospektes,
- Entgelt der Investmentgesellschaft für die Bewirtschaftung des Vermögens und die Verwaltung des Fonds gemäß Art. 14.6 des Prospektes,
- Kosten für Rechnungs- und Steuerprüfung,
- Gebühren der Banken für die Kontoführung und den Umgang mit Finanzmitteln,
- Entgelt für Verwahrung, Verwaltung und Deponierung von ausländischen Wertpapieren in ausländischen Banken oder anderen Depotbanken, Entgelt für das Depot von Wertpapieren, die bei der Depotbank in Verwahrung gegeben wurden, Entgelt für die Führung von Vermögenskonten und für die Verwaltung von Wertpapieren in der zentralen Depotbank,
- Zinsen aus aufgenommenen Krediten und Darlehen,
- Kosten für Gebühren und Provisionen für Geschäfte mit Anlageinstrumenten,
- Kosten für Sachverständigengutachten, soweit diese aufgrund einer allgemein verbindlichen Rechtsvorschrift erforderlich sind.

14.5 Entgelt für die Depotbank

Das Entgelt für die Ausübung der Funktion der Depotbank wird in Abhängigkeit vom Wert des Fondskapitals zum letzten Kalendertag im jeweiligen Monat festgesetzt, es wird berechnet als verhältnismäßiger Monatsteil eines vertraglich vereinbarten Jahressatzes, der maximal 0,07 % des Kapitalwertes des Fonds pro Jahr betragen kann, wobei die minimale Jahresgebühr 95.000,- CZK beträgt. Das Entgelt der Depotbank wird monatlich berechnet, wobei die Mehrwertsteuer in entsprechender Höhe hinzugerechnet wird. Konkrete und detaillierte Vereinbarungen über die Entgelthöhe sind im Depotvertrag genannt.

14.6 Entgelt der Investmentgesellschaft

14.6.1 Das Entgelt der Investmentgesellschaft umfasst die Erstattung von Kosten, die von der Investmentgesellschaft insbesondere für Folgendes aufgewendet wurden:

- a) Auszahlung von Bezügen aus nicht selbstständiger Tätigkeit der Arbeitnehmer der Investmentgesellschaft, der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Begleichung weiterer Kosten für die Tätigkeit der Investmentgesellschaft,
- b) Beratungstätigkeit,
- c) Bewirtschaftung des Fondsvermögens,
- d) Verwaltung des Fonds,
- e) Untersuchung und Analyse des Finanzmarktes,
- f) Ausübung einzelner Tätigkeit der Bewirtschaftung oder Verwaltung, mit der die Investmentgesellschaft eine andere Person beauftragt hat.

14.6.2 Die Höhe des Entgelts der Investmentgesellschaft für die einzelnen Anteilscheinarten ist in Abs. 12.3.1 des Prospektes angegeben und stellt den maximalen Wert in % des durchschnittlichen Jahreswertes des Fondskapitals dar. Der durchschnittliche Jahreswert des Fondskapitals ist zu berechnen als arithmetisches Mittel der Werte des Fondskapitals, die jeweils zum letzten Tag jedes Kalendermonats ermittelt werden. Der konkrete aktuelle Entgeltsatz wird von der Investmentgesellschaft festgesetzt und auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht. Das Entgelt der Investmentgesellschaft ist als Vorschuss zu zahlen, und zwar immer innerhalb von 15 Tagen nach Ablauf des Kalendermonats. Die Höhe des monatlichen Vorschusses ist zu berechnen als Produkt des Wertes des Fondskapitals, der zum letzten Kalender im jeweiligen Monat ermittelt wird, des jeweils gültigen entsprechenden Entgeltsatzes sowie des Koeffizienten 30/360. Zu Beginn der Berechnung des Entgelts im Verlauf des Kalendermonats ist der Vorschuss für den ersten Monat mit Hilfe des Koeffizienten ACT/ACT (aktuelle Zahl der Tage im Zeitraum / aktuelle Anzahl der Tage im Jahr) zu berechnen. Die Investmentgesellschaft führt anschließend die Jahresabrechnung aufgrund der Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Auditor durch, jedoch nicht später als innerhalb von 3 Monaten nach Ende des Abrechnungszeitraums.

14.6.3 Falls Wertpapiere von anderen Kollektivinvestmentfonds in das Fondsvermögen eingekauft werden und die Investmentgesellschaft im Zusammenhang damit irgendeinen Anreiz erhält, muss die Investmentgesellschaft diesen unverzüglich in voller Höhe in das Fondsvermögen übertragen.

14.6.4 Falls Wertpapiere von anderen durch die Investmentgesellschaft bewirtschafteten Fonds in das Fondsvermögen eingekauft werden, muss die Grundlage für die Berechnung des Entgelts der Investmentgesellschaft um die Höhe des Fondsvermögens, die auf die Wertpapiere der anderen durch die Investmentgesellschaft bewirtschafteten Fonds entfällt, vermindert werden.

14.6.5 Die Investmentgesellschaft berücksichtigt bei der Berechnung des aktuellen Wertes des Anteilscheins die Verbindlichkeit des Fonds gegenüber der Investmentgesellschaft aus dem Entgelt der Investmentgesellschaft als einen abgeschätzten Passivposten, dessen Höhe zu berechnen ist als Produkt des zum jeweiligen Tag festgesetzten Wertes des Fondskapitals, des aktuell gültigen entsprechenden Entgeltsatzes, des Koeffizienten 30/360 und des Quotienten der Anzahl der abgelaufenen Tage im Monat/30.

14.7 Gemeinsame Bestimmungen zu den Gebühren und Kosten des Fonds

Die Gebühren und Kosten des Fonds dienen zur Sicherstellung der Verwaltung des Fondsvermögens und setzen die Aufwertung der investierten Mittel herab.

14.8 Gebühren für die Verwalter der Selbstständigen Erfassung und der Anknüpfenden Erfassung

Die einzelnen Leistungen der Verwalter der Selbstständigen Erfassung und der Anknüpfenden Erfassung können mit Verwaltungsgebühren nach einer entsprechenden Preisliste belastet werden, die vom Teilhaber zu tragen sind.

15 WEITERE INFORMATIONEN

15.1 Angaben zum Prospekt

15.1.1 Regeln für die Genehmigung des Prospektes und dessen Änderung:

- a) Der Prospekt und seine Änderungen werden vom Vorstand der Investmentgesellschaft vorgeschlagen und genehmigt.
- b) Die Genehmigung einer Änderung des Prospektes erfolgt durch die Genehmigung der neuen vollständigen Fassung des Prospektes.

15.1.2 Die Änderung des Prospektes unterliegt der vorherigen Zustimmung der ČNB, es sei denn, dass es sich um eine Änderung handelt, die:

- a) Angaben, die sich direkt aus Änderungen beim Bewirtschafter, Administrator, Fonds oder dessen Depotbank ergeben, betrifft,
- b) durch eine rechtliche Regelung hervorgerufen wurde,
- c) eine Information über die Wertentwicklung oder über tatsächliche oder erwartete Wirtschaftsergebnisse des Fonds betrifft, welche regelmäßig aktualisiert werden muss, oder
- d) keinen Einfluss auf die Position oder die Interessen der Teilhaber hat.

15.1.3 Neben dem Prospekt wird auch das Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen veröffentlicht. Das Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen muss den Informationen im Prospekt entsprechen.

15.1.4 Der Prospekt und seine Änderungen sowie das Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen werden mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht, und sie müssen den Teilhabern in Übereinstimmung mit Artikel 15.2 des Prospektes zur Verfügung stehen.

15.2 Veröffentlichung von Informationen mit Fernzugriffsmöglichkeit

Unter der Veröffentlichung von Informationen mit Fernzugriffsmöglichkeit wird die Veröffentlichung von Informationen durch die Investmentgesellschaft unter der Internetadresse www.rfis.cz verstanden. Der Teilhaber kann die Zusendung von Dokumenten per E-Mail an die Adresse info@rb.cz beantragen.

15.3 Liquidation und Umwandlung des Fonds

Gründe für die Auflösung des Fonds

15.3.1 Gründe für die Auflösung des Fonds mit Liquidation sind gemäß § 375 GIGAF folgende:

- a) der Fondsbewirtschafter hat eine entsprechende Entscheidung getroffen,
- b) der Fondsbewirtschafter wurde mit Liquidation aufgelöst, sofern nicht die ČNB die Übertragung der Bewirtschaftung des Fonds auf einen anderen Bewirtschafter beschließt,
- c) die Berechtigung des Fondsbewirtschafters, diesen Fonds zu bewirtschaften, ist verfallen, sofern nicht die ČNB die Übertragung der Bewirtschaftung dieses Fonds auf einen anderen Bewirtschafter beschließt,
- d) die Entscheidung wurde durch die ČNB oder ein Gericht getroffen.

15.3.2 Die Bedingungen, unter denen über die Auflösung des Fonds mit Liquidation oder über die Umwandlung des Fonds durch Verschmelzung oder Zusammenschluss von Investmentfonds oder über die Umwandlung des Fonds in eine Aktiengesellschaft bzw. über andere Formen der Umwandlung entscheiden werden kann, sind folgende:

- a) über die Auflösung oder Umwandlung des Fonds entscheidet der Vorstand der Investmentgesellschaft;
- b) die Entscheidung über die Auflösung oder Umwandlung des Fonds wird nur dann angenommen, wenn sie eine effizientere Bewirtschaftung des Fondsvermögens sicherstellt und den berechtigten Interessen der Teilhaber des Fonds nicht widerspricht.

- 15.3.3 Am Tag der Auflösung des Fonds muss der Administrator einen besonderen Rechnungsabschluss des Fonds nach dem Buchhaltungsgesetz aufstellen.
- 15.3.4 Der Fonds erlischt am Tag der Löschung aus dem Register der Investmentfonds, das von der ČNB geführt wird.

Informationen über die Rechte der Teilhaber bei Auflösung oder Umwandlung des Fonds

- 15.3.5 Die Teilhaber werden über das Vorhaben, den Fonds aufzulösen oder umzuwandeln, innerhalb von 14 Tagen nach der Genehmigung dieses Vorhabens vom Vorstand der Investmentgesellschaft informiert, und zwar mit Fernzugriffsmöglichkeit.
- 15.3.6 Die Teilhaber haben das Recht auf Übermittlung des Dokuments mit wesentlichen Anlegerinformationen des neuen/übernehmenden Fonds, und auf Anforderung erhalten sie den Prospekt und die letzten Jahresberichte und Halbjahresberichte des neuen/übernehmenden Fonds in einer den Rechtsvorschriften entsprechenden Form, und dies vor dem Umtausch von Anteilscheinen. Der Teilhaber des aufzulösenden Fonds ist ferner berechtigt, von der Depotbank eine Nachricht zu verlangen, ob das Vermögen und die Schulden in diesem Fonds entsprechend den im betreffenden Prospekt enthaltenen Kriterien abgeschätzt wurden und ob der Umtauschanteil in Übereinstimmung mit GIGAF und dem betreffenden Projekt berechnet wurde.
- 15.3.7 Bei Auflösung oder Umwandlung des Fonds sind die Bestimmungen in Teil 11, Kopfteil IV GIGAF zu befolgen.

Umwandlung durch Verschmelzung von Investmentfonds

- 15.3.8 Die Verschmelzung erfolgt nach dem genehmigten Verschmelzungsplan. Für die Verschmelzung ist die Genehmigung der ČNB erforderlich, soweit in GIGAF nicht anderes festgelegt ist.
- 15.3.9 Nachdem die Entscheidung der ČNB über die Genehmigung zur Verschmelzung in Kraft tritt, ist sie mit Fernzugriffsmöglichkeit zu veröffentlichen, wobei diese Entscheidung unter anderem die Information über den Stichtag der Verschmelzung und über die sich aus der Umwandlung ergebenden Rechte der Teilhaber enthalten muss. Die Veröffentlichung der Mitteilung über die Verschmelzung begründet das Recht der Teilhaber der zu verschmelzenden Fonds:
- a) auf Rücknahme von Anteilscheinen ohne Abschlag (mit Ausnahme der zweckmäßig aufgewendeten Kosten) oder
 - b) auf Umtausch des Wertpapiers oder des verbuchten Wertpapiers gegen ein Wertpapier oder ein verbuchtes Wertpapier, das von einem anderen Standardfonds oder von einem anderen ausländischen mit einem Standardfonds vergleichbaren Anlagefonds ausgegeben wird, wobei dieser andere Anlagefonds von demselben Bewirtschafter oder von einem Bewirtschafter, der zu demselben Konzern wie der Bewirtschafter des Standardfonds oder des ausländischen mit dem Standardfonds vergleichbaren Anlagefonds gehört, bewirtschaftet wird. Dieser gibt Wertpapiere oder verbuchte Wertpapiere aus, durch die die Wertpapiere oder die verbuchten Wertpapiere ersetzt werden sollen.
- 15.3.10 Das Recht gemäß Punkt 15.3.9 des Prospektes erlischt, sofern es nicht innerhalb der in der Mitteilung über die Verschmelzung festgesetzten Frist geltend gemacht wird, wobei diese Frist mindestens 30 Tage ab Veröffentlichung der Mitteilung über die Verschmelzung betragen und spätestens 5 Arbeitstage vor dem Stichtag der Verschmelzung enden muss. Sofern es sich um keine Verschmelzung handelt, bei der eine Mitteilung über die Verschmelzung ausgearbeitet wird, ist gemäß 391 GIGAF vorzugehen.
- 15.3.11 Der Administrator des infolge der Verschmelzung entstandenen Investmentfonds muss den Umtausch eines Anteilscheins des durch die Verschmelzung aufgelösten Investmentfonds gegen einen Anteilschein, der von dem neu entstandenen Investmentfonds ausgegeben wird, sicherstellen, und zwar innerhalb von 3 Monaten ab dem Stichtag der Verschmelzung in einem Verhältnis entsprechend der Höhe des Kapitals des Investmentfonds, das auf den Anteilschein des aufgelösten Investmentfonds entfällt. Falls dieses Umtauschverhältnis nicht angemessen ist, muss der Bewirtschafter des übernehmenden Investmentfonds durch den Administrator dieses Fonds den Teilhabern des aufgelösten Fonds einen Ausgleich in Geld gewähren.

Umwandlung durch Zusammenschluss von Investmentfonds

- 15.3.12 Der Zusammenschluss erfolgt nach dem genehmigten Zusammenschlussplan. Für den Zusammenschluss ist die Genehmigung der ČNB erforderlich, soweit in § 401 Abs. 1 GIGAF nicht anderes festgelegt ist.
- 15.3.13 Nachdem die Entscheidung der ČNB über die Genehmigung des Zusammenschlusses Rechtskraft erlangt hat, ist sie mit Fernzugriffsmöglichkeit zu veröffentlichen, wobei diese Entscheidung unter anderem die Information über den Stichtag des Zusammenschlusses und über die sich aus der Umwandlung ergebenden Rechte der Teilhaber enthalten muss. Die Veröffentlichung der Mitteilung über den Zusammenschluss begründet gemäß § 406 GIGAF das Recht der Teilhaber der zusammenzuschließenden Fonds:
- a) auf Rücknahme von Anteilscheinen ohne Abschlag (mit Ausnahme der zweckmäßig aufgewendeten Kosten) oder
 - b) auf Umtausch des Wertpapiers oder des verbuchten Wertpapiers gegen ein Wertpapier oder ein verbuchtes Wertpapier, das von einem anderen Standardfonds oder von einem anderen ausländischen mit einem Standardfonds vergleichbaren Anlagefonds ausgegeben wird, wobei dieser andere Anlagefonds von demselben Bewirtschafter oder von einem Bewirtschafter, der zu demselben Konzern wie der Bewirtschafter des Standardfonds oder des ausländischen mit dem Standardfonds vergleichbaren Anlagefonds gehört, bewirtschaftet wird. Dieser gibt Wertpapiere oder verbuchte Wertpapiere aus, durch die die Wertpapiere oder die verbuchten Wertpapiere ersetzt werden sollen.
- 15.3.14 Das Recht gemäß Punkt 15.3.13 des Prospektes erlischt, sofern es nicht innerhalb der in der Mitteilung über den Zusammenschluss festgesetzten Frist geltend gemacht wird, wobei diese Frist mindestens 30 Tage ab Veröffentlichung der Mitteilung über den Zusammenschluss betragen und spätestens 5 Arbeitstage vor dem Stichtag des Zusammenschlusses enden muss.
- 15.3.15 Sofern es sich um keinen Zusammenschluss handelt, bei der eine Mitteilung über den Zusammenschluss ausgearbeitet wird, muss der Administrator des Investmentfonds, der im Rahmen des Zusammenschlusses aufgelöst werden soll, folgende Dokumente innerhalb der festgesetzten Frist veröffentlichen: Entscheidung der ČNB über die Genehmigung des Zusammenschlusses, Prospekt des übernehmenden Fonds und Mitteilung über die Entstehung des Rechts auf Rücknahme des Anteilscheins innerhalb der festgelegten Frist ohne Abschlag (mit Ausnahme der zweckmäßig aufgewendeten Kosten).
- 15.3.16 Der Bewirtschafter des übernehmenden Investmentfonds veröffentlicht auf seiner Website die Information darüber, dass der Stichtag des Zusammenschlusses eingetreten ist. Der Administrator des übernehmenden Fonds muss den Umtausch eines Anteilscheins des durch den Zusammenschluss aufgelösten Investmentfonds gegen einen Anteilschein, der von dem neu entstandenen Investmentfonds ausgegeben wird, sicherstellen, und zwar innerhalb von 3 Monaten ab dem Stichtag des Zusammenschlusses in einem Verhältnis entsprechend der Höhe des Kapitals des Investmentfonds, das auf den Anteilschein des aufgelösten Investmentfonds entfällt. Falls dieses Umtauschverhältnis nicht angemessen ist, muss der Bewirtschafter des übernehmenden Investmentfonds durch den Administrator dieses Fonds den Teilhabern des aufgelösten Investmentfonds einen Ausgleich in Geld gewähren.
- 15.3.17 Während einer Dauer von bis zu 6 Monaten ab dem Stichtag des Zusammenschlusses muss der Bewirtschafter des übernehmenden Fonds gemäß § 408 GIGAF die Anlagegrenzen einhalten, die für Anlagewertpapiere, Geldmarktinstrumente, von einem Anlagefonds oder einem ausländischen Anlagefonds ausgegebene Wertpapiere, Derivate oder Forderungen auf Auszahlung von Geldmitteln aus dem Konto in tschechischer oder fremder Währung in der Regierungsverordnung festgesetzt sind, soweit es dafür einen Grund in Bezug auf die Folgen des Zusammenschlusses gibt.

Liquidation des Fonds

- 15.3.18 Innerhalb von 6 Monaten ab dem Tag der Fondsauflösung realisiert der Bewirtschafter das Fondsvermögen und begleicht die Schulden des Fonds. Anschließend zahlt der Administrator den Teilhabern ihre Anteile am Liquidationswert innerhalb von 3 Monaten aus. Sind die Bedingungen für die Ersatzerfüllung nach BGB erfüllt, wird dieser Anteil in gerichtliche Verwahrung genommen. Der

Anteil am Liquidationswert wird nicht in gerichtliche Verwahrung genommen und fällt dem Staat zu, wenn die Gerichtsgebühr für den Antrag auf Einleitung des Verfahrens über die Verwahrung höher ist als Betrag, der in gerichtliche Verwahrung genommen werden soll.

Umwandlung des Fonds in eine Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital

- 15.3.19 Für die Umwandlung des Fonds in eine Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital ist die Genehmigung der ČNB erforderlich.
- 15.3.20 Der Administrator des umzuwandelnden Fonds veröffentlicht auf der Website des Fonds folgende Dokumente: Umwandlungsprojekt, Gesellschaftsvertrag, Satzung der Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital, in die der Fonds umgewandelt werden soll, Mitteilung über die Entstehung des Rechts auf Rücknahme von Anteilscheinen und Entscheidung der ČNB über die Genehmigung der Umwandlung, und dies innerhalb von 1 Monat nach Inkrafttreten dieser Entscheidung. Die Veröffentlichung der Mitteilung über die Entstehung des Rechts auf Rücknahme begründet das Recht der Teilhaber des umzuwandelnden Fonds auf Rücknahme des Anteilscheins ohne Abschlag, und zwar innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Veröffentlichung der Mitteilung.
- 15.3.21 Der Fonds, der in eine Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital umgewandelt wird, wird aufgelöst, und seine Teilhaber werden Inhaber von Investmentaktien der neu entstandenen Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital, und zwar am Tag der Eintragung der neu entstandenen Aktiengesellschaft in das Handelsregister.
- 15.3.22 Der Administrator der Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital, in die der Fonds umgewandelt wurde, stellt den Umtausch eines Anteilscheins, der vom aufgelösten Fonds ausgegeben wurde, gegen eine Investmentaktie der neu entstandenen Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital sicher, und zwar innerhalb von 3 Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens der Umwandlung in einem Verhältnis entsprechend der Höhe des Fondskapitals, das auf den Anteilschein des aufgelösten Fonds entfällt. Falls dieses Umtauschverhältnis nicht angemessen ist, muss der Bewirtschafter der Aktiengesellschaft mit veränderlichem Grundkapital durch den Administrator den Teilhabern einen Ausgleich in Geld gewähren.

Umwandlung des Fonds in einen ausländischen Anlagefonds ohne Rechtspersönlichkeit

- 15.3.23 Nach GIGAF ist die Umwandlung des Fonds in einen ausländischen Anlagefonds ohne Rechtspersönlichkeit zugelassen, soweit dies im Recht des Heimatstaates des umzuwandelnden ausländischen Anlagefonds zugelassen ist.
- 15.3.24 Für die Umwandlung des Fonds in einen ausländischen Anlagefonds ohne Rechtspersönlichkeit ist die Genehmigung der ČNB erforderlich.
- 15.3.25 Der Administrator des umzuwandelnden Fonds veröffentlicht auf der Website dieses Fonds folgende Dokumente: Mitteilung über die Entstehung des Rechts auf Rücknahme von Anteilscheinen, Umwandlungsprojekt und Entscheidung der ČNB über die Genehmigung zur Umwandlung, und zwar innerhalb von 1 Monat nach Inkrafttreten dieser Entscheidung. Die Veröffentlichung der Mitteilung über die Entstehung des Rechts auf Rücknahme begründet das Recht der Teilhaber des umzuwandelnden Fonds auf Rücknahme des Anteilscheins ohne Abschlag, und zwar innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Veröffentlichung der Mitteilung.
- 15.3.26 Der Fonds wird zu einem ausländischen Anlagefonds ohne Rechtspersönlichkeit am Tag, der im Recht des Heimatstaates des ausländischen Anlagefonds ohne Rechtspersönlichkeit festgelegt ist, sonst am Tag der Löschung des Fonds aus dem von der ČNB geführten Register der Investmentfonds.
- 15.3.27 Derjenige, der eine mit der Tätigkeit des Administrators vergleichbare Tätigkeit für den ausländischen Anlagefonds ausübt, stellt innerhalb von 3 Monaten ab dem Stichtag der Umwandlung die Übergabe der Wertpapiere oder der verbuchten Wertpapiere an die Anleger des umgewandelten ausländischen Anlagefonds durch Umtausch der Anteilscheine sicher. Falls dieses Umtauschverhältnis nicht angemessen ist, muss derjenige, der eine mit der Tätigkeit des Bewirtschafters vergleichbare Tätigkeit für den ausländischen Anlagefonds ausübt, durch denjenigen, der eine mit der Tätigkeit des Administrators vergleichbare Tätigkeit für den ausländischen Anlagefonds ausübt, den Teilhabern einen Ausgleich in Geld gewähren.

15.4 Kontaktstelle für zusätzliche Informationen:

Adresse: Raiffeisen investiční společnost a.s.
Hvězdova 1716/2b, 140 78 Praha 4
Telefon: 800 900 900
E-Mail: info@rb.cz
Internet: www.rfis.cz

- 15.4.1 Vor der Abwicklung der Investition müssen die Anleger das Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen in aktueller Fassung und in Papierform erhalten, soweit nichts anderes festgesetzt ist. Die Teilhaber oder Zeichner der Anteilscheine können, soweit nichts anderes festgesetzt ist, auf Anforderung bei den Verkaufsstellen oder am Sitz der Investmentgesellschaft den Prospekt in aktueller Fassung und den letzten veröffentlichten Jahresbericht und Halbjahresbericht des Fonds unentgeltlich in Papierform erhalten. Die genannten Dokumente werden durch die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht.
- 15.4.2 Unter den Bedingungen, die in der direkt anwendbaren Vorschrift der Europäischen Union über die Regelung des Dokuments mit wesentlichen Anlegerinformationen festgelegt sind, können das Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen und der Prospekt nur auf Datenträger ohne Papierform übergeben oder nur auf der Internetadresse www.rfis.cz veröffentlicht werden.
- 15.4.3 Auf Anforderung stellt der Administrator des Fonds über den Rahmen der im Prospekt aufgeführten Angaben hinaus den Anlegern folgende Angaben zur Verfügung:
- a) Angaben über die quantitativen Begrenzungen für das Management von Risiken, die mit der Investition in den Fonds verbunden sind;
 - b) Angaben über die angewandten Techniken für die Fondsbewirtschaftung;
 - c) Angaben über die Entwicklung der Hauptrisiken, die mit der Investition in den Fonds verbunden sind, und
 - d) Angaben über die Entwicklung der Erträge einzelner Vermögenswerte, die in das Fondsvermögen erworben werden können.

15.5 Grundinformationen zum Steuersystem**Hinweis**

- 15.5.1 In diesem Abschnitt des Prospektes ist nur eine vereinfachte Zusammenfassung der Steuerproblematik bezüglich der Fondstätigkeit und der steuerlichen Auswirkungen auf einzelne Anleger enthalten. Der Anleger wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Art der Besteuerung seiner Einkünfte aus Fonds oder seiner Kapitalerträge aus dem Verkauf von Anteilscheinen den Steuervorschriften unterliegt, die zum Zeitpunkt der Erreichung des betroffenen Einkommens oder Kapitalertrags gültig sind. Die Besteuerungsart einzelner Anleger kann unterschiedlich sein. Um weitere Informationen über die steuerlichen Auswirkungen für den konkreten Anleger einzuholen, ist es ratsam, einen Steuerberater hinzuzuziehen.

Grundinformationen zum Steuersystem, das sich auf den Fonds bezieht

- 15.5.2 Die Besteuerungsart des Fonds wird im Rahmen der gültigen Steuervorschriften geregelt. Das Gesetz Nr. 586/1992 Slg., über die Einkommensteuer in der jeweils gültigen Fassung (nachfolgend „EStG“ genannt) regelt die Besteuerung der Einkünfte des Fonds. Zum Zeitpunkt der Genehmigung des Prospekts unterliegt der Gewinn des Fonds dem Einkommensteuersatz in Höhe von 5 %. Die Besteuerung der Einkünfte aus Quellen im Ausland wird zusätzlich durch einschlägige internationale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (nachfolgend „DBA“ genannt) geregelt.

Grundinformationen zum Steuersystem, das sich auf den Besitz und die Übertragung von Anteilscheinen bezieht

- 15.5.3 Das EStG regelt die Besteuerung der Einkünfte der Teilhaber, die mit Besitz, Übertragung, Vererbung und Schenkung von Anteilscheinen zusammenhängen. Die Besteuerung der Einkünfte nichtansässiger Teilhaber, die mit Besitz und Übertragung von Anteilscheinen zusammenhängen, wird zusätzlich durch das einschlägige DBA geregelt.

Übertragung von Anteilscheinen

- 15.5.4 Für die Besteuerung des Ertrags aus dem Verkauf eines Anteilscheins ist bei natürlichen Personen die Dauer des Besitzes des Anteilscheins maßgebend. In Übereinstimmung mit den gültigen Gesetzen zum Zeitpunkt des Beginns der Fondstätigkeit ist der Gewinn aus dem Verkauf eines Anteilscheins, den ein Anleger mehr als 3 Jahre nach dem Erwerb in seinem Besitz hatte, einkommensteuerfrei. Bei juristischen und natürlichen Personen, deren Anteilscheine in das Handelsvermögen einbezogen wurden, wird der Ertrag aus dem Verkauf von Anteilscheinen immer in der Einkommenssteuererklärung aufgeführt, in die Besteuerungsgrundlage einbezogen und mit dem entsprechenden Satz besteuert. Wenn die Einkünfte aus der Rücknahme des Anteilscheins an einen Bezieher gehen, der steuerlich nicht in der Tschechischen Republik ansässig ist, ist die Investmentgesellschaft verpflichtet, in den gesetzlich festgelegten Fällen einen Betrag (die sog. Einkommensteuersicherung) von der Summe für den zurückgenommenen Anteilschein einzubehalten.

15.6 Art und Häufigkeit der Veröffentlichung von Geschäftsberichten des Fonds

- 15.6.1 Der Jahresbericht des Fonds wird von der Investmentgesellschaft gemäß § 233 GIGAF spätestens 4 Monate nach Ende des Kalenderjahres auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht. Der Halbjahresbericht des Fonds wird von der Investmentgesellschaft gemäß § 237 GIGAF spätestens 2 Monate nach Ablauf der ersten 6 Monate des Kalenderjahres auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit veröffentlicht. Zu diesen Terminen sendet die Investmentgesellschaft an die ČNB ebenfalls ihren Jahres- und Halbjahresbericht zusammen mit dem Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds.
- 15.6.2 Die Pflichten der Investmentgesellschaft bei der Veröffentlichung des Rechnungsabschlusses und des Jahresberichts nach besonderen Vorschriften bleiben von den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unberührt.
- 15.6.3 Nach Ablauf des entsprechenden Zeitraums veröffentlicht die Investmentgesellschaft auf der Internetadresse www.rfis.cz mit Fernzugriffsmöglichkeit folgende Angaben:
- a) mindestens einmal monatlich den aktuellen Wert des Fondskapitals und den Betrag, für den die Anteilscheine ausgegeben und zurückgenommen werden;
 - b) für jeden Kalendermonat die Anzahl der ausgegebenen und zurückgenommenen Anteilscheine und die Beträge, für die diese Anteilscheine ausgegeben und zurückgenommen wurden;
 - c) für jeden Kalendermonat die Struktur des Fondsvermögens zum letzten Tag des Monats.

15.7 Aufsichtsorgan des Fonds

Name: Česká národní banka (Tschechische Nationalbank)
Adresse: Na Příkopě 28, 115 03 Praha 1
Telefon: + 420 224 411 111
E-Mail: podatelna@cnb.cz
Internet: www.cnb.cz

15.8 Hinweise für Anleger

- Die Genehmigung zur Tätigkeit der Investmentgesellschaft und die Aufsicht der ČNB stellen keine Garantie für die Anlagenrentabilität oder die Wertentwicklung des Fonds dar, sie können nicht die Möglichkeit der Verletzung der rechtlichen Pflichten oder des Prospektes durch den Bewirtschafter des Kollektivinvestmentfonds, den Administrator des Kollektivinvestmentfonds, die Depotbank des Kollektivinvestmentfonds oder andere Personen ausschließen, und sie garantieren nicht, dass der durch diese Verletzung entstandene Schaden ersetzt wird.
- Werden Anteilscheine außerhalb des Gebiets der Tschechischen Republik angeboten, dürfen sie nicht direkt oder indirekt Personen angeboten, verkauft, übertragen oder übergeben werden, bei denen die Investmentgesellschaft verpflichtet wäre, die Steuer bei der Rücknahme von Anteilscheinen des Fonds zu sichern.
- Die Anteilscheinen dürfen nicht direkt oder indirekt in den Vereinigten Staaten von Amerika (nachfolgend „US-“ oder „USA“ genannt) oder ihren Territorien, Besitzungen oder Gebieten, die

dem US-Recht unterliegen, angeboten, verkauft, übertragen oder übergeben werden. Sinngemäß gilt dies auch für Personen, die:

- die US-Staatsangehörigkeit haben oder in den USA ansässig sind,
- ihren Geburtsort in den USA haben,
- ihre Wohnanschrift, Korrespondenzanschrift oder Wohnsitzanschrift in den USA haben,
- einen Dauerauftrag für die Übertragung von Mitteln auf ein in den USA geführtes Konto erteilt haben oder die Anweisungen von einer Anschrift in den USA senden,
- eine Person mit Anschrift in den USA bevollmächtigt haben oder
- nach dem US-Recht gegründet wurden.

Sollte ein bestehender Teilhaber zu einer solchen Person mit Bindung an die USA werden, ist er verpflichtet, unverzüglich die Rücknahme der Anteilscheine des Fonds zu beantragen.

Die Anteilscheine wurden und werden in den USA nach dem US-Wertpapiergesetz von 1933 in der jeweils gültigen Fassung nicht registriert, und auch der Fonds wurde und wird nach dem US-Gesetz über Investmentgesellschaften von 1940 in der jeweils gültigen Fassung nicht registriert. Die Investmentgesellschaft hat außerdem keine Vereinbarung mit der US-Behörde Internal Revenue Service (IRS) nach dem US-Gesetz Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) geschlossen.

Dieser Prospekt wird in Übereinstimmung mit GIGAF und der Verordnung Nr. 246/2013 Slg., über den Prospekt des Kollektivinvestmentfonds ausgegeben und enthält vollständige und wahrheitsgemäße Angaben.

Prag, den 27. Mai 2014

Ing. Josef Beneš
Vorstandsvorsitzender
Raiffeisen investiční společnost a.s.

Mgr. Martin Vít
stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Raiffeisen investiční společnost a.s.